

# Inhaltsverzeichnis

## # Update für unsere Zukunft

#-1	Juso Landesvorstand	Update für unsere Zukunft!	2
#-2	Juso Landesvorstand	Update für unsere Organisation!	18

## A Arbeit und Soziales

A-2	Juso Kreisverband Saarlouis	Perspektiven für Arbeitnehmer*innen bei Ford schaffen	22
-----	-----------------------------	---	----

## B Bildung

B-1	Juso Kreisverband Neunkirchen	Partizipation weiterdenken	24
B-2	Juso Kreisverband Neunkirchen	LL.B bei Rechtswissenschaften einführen	25
B-3	Juso Unterbezirk Saarpfalz	G9 und die Neuorientierung schulischer Inhalte – Mehr Zeit für Politikunterricht, Nachhaltigkeit und Digitales	26
B-4	Saarbrücken-Stadt	Das Saarland braucht Studierende! Und die müssen wohnen!	30
B-6	JSAG	Menstruation ist kein Luxus -kostenlose Menstruationsprodukte in weiterführenden Schulen	31
B-7	AK Gesellschaft	Religions- und Ethikunterricht modernisieren – Gemeinschaftlichen Unterricht schaffen!	33

## F Feminismus

F-2		Er, Sie, Es- oder alles zusammen?!	35
F-4	AK Gesellschaft	Kostenloses Angebot von Menstruationsprodukten in öffentlichen Räumen	36

## G Gesundheit und Familie

G-2	Juso Unterbezirk Saarpfalz	Lücken im Gesundheitssystem schließen – Realisierung eines Anonymen Behandlungsscheins im Saarland	38
G-3	Juso Kreisverband St. Wendel	Psychische Erkrankungen in Schulen thematisieren	41

## I Inneres

I-2	AK inneres	Ehrenamt stärken! Spürbare Anreize und Vergünstigungen schaffen!	44
-----	------------	--	----

I-3	AK Inneres	„Clankriminalität“- Ein Konzept aus einer anderen Zeit!	45
I-7		Initiativantrag: Feuerwehr zukunftsfähig machen: Die Feuerwehren und den Brandschutz des Landes und der Kommunen auf die Zukunftsherausforderungen ausrichten	47

## **U Umwelt und Verkehr**

U-2	Juso Kreisverband Saarlouis	9 Euro Ticket unbefristet verlängern und erweitern!	50
U-3	Juso Unterbezirk Saarpfalz	Verlängerung des 9-Euro-Tickets	52
U-5	Jusos Saarbrücken-Land	Konsequente Klimafolgenanpassung in der Bauleitplanung	53

## **V Verband**

V-1	Juso Kreisverband Saarlouis	Schaffung eines omnipräsenten Awareness-Konzepts	55
V-2		Initiativantrag: Leistung belohnen- Juso Buko Delegierte nach Leistung aufschlüsseln	57

## **W Wirtschaft**

W-1	Juso Unterbezirk Saarpfalz	Unternehmen dürfen nicht vom Krieg profitieren. Übergewinnsteuer einführen.	59
-----	----------------------------	---	----

# # Update für unsere Zukunft

## # Update für unsere Zukunft

---

#-1	Juso Landesvorstand	Update für unsere Zukunft!	2
#-2	Juso Landesvorstand	Update für unsere Organisation!	18

---

# #-1

**Titel** Update für unsere Zukunft!

**AntragstellerInnen** Juso Landesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

---

## Update für unsere Zukunft!

1 Das Saarland hat rot gewählt! Sowohl bei der Bundestagswahl 2021 als auch bei der Landtagswahl 2022 haben  
2 die Saarländer:innen der SPD ihr Vertrauen geschenkt. Nach einem unglaublichen Wahlkampf mitten in der  
3 Corona-Pandemie sitzen nun 12 Jusos im Saarländischen Landtag und gestalten die Zukunft unseres Bundes-  
4 landes mit. Sie und viele andere haben uns den Weg geebnet.

5 Nach diesem unfassbaren Erfolg beginnt jetzt eine neue Zeit. Wir müssen den Staffelstab übernehmen, uns  
6 weiterentwickeln, neue Ideen erarbeiten und neue Ziele verwirklichen. Obwohl wir auf bestehenden Struktu-  
7 ren aufbauen, stehen wir vor einer besonderen Herausforderung: Mit einer SPD-Alleinregierung müssen wir  
8 als Jusos definieren, wer wir sind und wie wir die nächsten zwei Jahre gestalten wollen.

9 Viele Juso-Forderungen haben es in das Regierungsprogramm der SPD geschafft. Unser Ziel muss sein, die  
10 SPD immer wieder daran zu erinnern, diese zu verwirklichen. Wir müssen das Gewissen der SPD sein. Un-  
11 ser Arbeitsprogramm soll deshalb als Messlatte für die SPD gelten und unsere Vorstellungen für ein besseres  
12 Morgen zeigen. Denn unser Anspruch ist, dass die Interessen junger Menschen – Schüler:innen, Auszubilden-  
13 de, Studierende oder Berufstätige – in den Entscheidungen der Landesregierung stark vertreten sind. Wir  
14 wollen in den nächsten Jahren die treibende Kraft für Veränderung im Saarland sein. Deshalb müssen wir die  
15 Mitsprachemöglichkeiten junger Menschen fördern und all jenen eine Stimme geben, die sonst nicht gehört  
16 werden.

17 Die kommenden Jahre werden darüber entscheiden, wie das Saarland, die Bundesrepublik und unsere Welt  
18 in Zukunft aussehen werden. Eine Krise jagt die nächste. Die Corona-Krise hat eklatante Mängel im Gesund-  
19 heitswesen und in der Digitalisierung offenbart. Die gesellschaftliche Spaltung scheint mit jeder Krise zu wach-  
20 sen. Ungerechtigkeiten verschärfen sich weiter und die Schwächsten drohen wieder einmal zu Verlierer:innen  
21 zu werden. Es bereichern sich einige Wenige, aber Millionen Menschen leiden. Die Energiekrise ist eine Aus-  
22 wirkung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges von Wladimir Putin auf die Ukraine. Gleichzeitig wurde in  
23 Deutschland die Energiewende verschlafen. Deshalb ist es allerhöchste Zeit, dass wir unseren Strom endlich  
24 komplett aus erneuerbaren Energien beziehen.

25 Im Saarland muss unser zentrales Ziel der Erhalt bereits bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze  
26 sein. Auch der Strukturwandel stellt das Saarland vor eine riesige Aufgabe: Wir müssen den Umbruch gestalten  
27 und brauchen dafür innerhalb kürzester Zeit enorme Investitionen in schnelles Internet, die Wirtschaft und in  
28 die Bildung.

29 Der Klimawandel, die größte Krise unserer Zeit, hält uns in Atem und die nächsten Jahre versprechen keine  
30 Besserung. Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Natürlich rettet das Saarland das Klima nicht alleine, als  
31 Industrieland kommt uns aber eine besondere Verantwortung zu. Dieser müssen wir uns stellen und Vorbild  
32 für andere Bundesländer werden.

33 Wir wollen, dass junge Menschen im Saarland eine gute Zukunft haben. Mit guten Schulen und Kitas, optimalen  
34 Bedingungen für Ausbildung und Studium und mit guter Arbeit sorgen wir für beste Chancen. Wir wollen,  
35 dass das Saarland klimaneutral wird. Deshalb brauchen wir wirksamen Klimaschutz, der diesen Namen auch  
36 verdient. Wir brauchen ein Update für unsere Zukunft!

37 **1) The final countdown! – Klima- und Umweltpolitik**

38 Klimakrise, Biodiversitätsverlust, die Übernutzung nicht erneuerbarer Ressourcen und die Degradierung un-  
39 serer Ökosysteme – wir leben in einer Vielfachkrise, die unsere Existenz bedroht. Wochenlang hohe Tempe-  
40 raturen, verheerende Waldbrände, extreme Dürre und tödliche Flutkatastrophen lassen uns schon jetzt erste  
41 Auswirkungen des Klimawandels spüren und zeigen, dass unsere Zukunft auf dem Spiel steht. Da die Be-  
42 kämpfung der Klimakrise nicht weiter auf sich warten lässt, muss Klimaschutz Grundlage jeder politischen  
43 Entscheidung sein und die Kostendebatte rund um effektiven Klimaschutz endlich ein Ende haben. Denn ja,  
44 Klimaschutz ist teuer, aber kein Klimaschutz kostet uns – finanziell und existenziell – so viel mehr! Wir müssen  
45 jetzt handeln und sofort Maßnahmen umsetzen, die den Klima- und Umweltwandel sowohl sozial gerecht als  
46 auch ökologisch nachhaltig bekämpfen.

47 Das Saarland muss bis 2035 klimaneutral werden!

48 Deshalb fordern wir ein Klimaschutzgesetz, das die Klimaneutralität bis 2035 sowie verbindliche Ziele, kon-  
49 krete Maßnahmen und ein jährliches Monitoring beinhaltet. Klimaschutz muss außerdem endlich als Ziel in  
50 der Landesverfassung des Saarlandes verankert werden. Auch im Bereich der Erneuerbaren Energien muss  
51 das Tempo gesteigert werden: Wir brauchen im Saarland deutlich mehr Flächen für Windkraft. Wir fordern  
52 außerdem, dass das Saarland bis 2035 komplett auf erneuerbare Energien setzt. Deshalb befürworten wir die  
53 Photovoltaik-Pflicht für Neubauten, Dachsanierungen und öffentliche Gebäude. Des Weiteren müssen Kurz-  
54 und Langzeitspeicher für Energie aufgebaut werden, um überschüssigen Strom zwischenzulagern. Nur so kann  
55 die Energiewende gelingen.

56 Wandel, Wirtschaft und Klima meistern!

57 Wir stehen im Saarland vor der besonderen Herausforderung, dass wir den Wandel der Wirtschaft und die  
58 Bewältigung der Klimakrise gleichzeitig angehen müssen. Wir sehen deshalb die grundlegende Transformation  
59 der Industrieproduktion als Chance, die Zukunftsaufgabe des Strukturwandels erfolgreich zu gestalten. Die  
60 Produktion von grünem Stahl und die Verwendung sowie der Aufbau der kompletten Infrastruktur für grünen  
61 Wasserstoff erscheinen als gute Option – unter der Bedingung, dass grüner Strom im Übermaß vorhanden  
62 ist. Für eine grundlegende Transformation des Wirtschaftsstandortes Saarland müssen wir aber auch im Blick  
63 behalten, dass durch Klimaschutz neue Jobs entstehen können.

64 Wir benötigen dringend einen klimafreundlicheren Wohnsektor!

65 Zum einen muss die energetische Sanierungsrate im Gebäudesektor auf 4% pro Jahr gesteigert werden. Zum  
66 anderen sollte vor jeder Entscheidung für klimateffizientere Neubauten immer abgewogen werden, ob nicht die  
67 Nutzung und Sanierung von Altbestand und Leerstand in der Gesamtbilanz die klimafreundlichere Alternative  
68 ist. Hierfür soll deshalb bei der Raum- und Städteplanung auch die Erstellung eines Leerstandskatasters sowie  
69 die Erarbeitung einer landesweiten Strategie zur Reduzierung des Leerstandes im Mittelpunkt stehen.

70 Wir fordern grüne Städte für klimagerechtes und lebenswertes Wohnen!

71 Die Begrünung der saarländischen Städte kann die Lebensqualität im städtischen Raum verbessern und gleich-  
72 zeitig einen Beitrag zur Steigerung der Biodiversität und zur Klimaanpassung leisten. Des Weiteren erachten  
73 wir die Einführung von Tempo 30 in allen Dörfern und Innenstädten, wo es sinnvoll ist, als sinnvolle Maßnah-  
74 me, um einerseits den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und andererseits die Lärmbelästigung für die Bürger:innen deutlich zu  
75 reduzieren. Auch muss über autofreie Städte, City-Mauts, die Reduzierung von Fahrspuren und Parkplätzen  
76 zu Gunsten von Grün- und Freiraum sowie über Fahrradspuren diskutiert werden, um saarländische Städte fit  
77 für die Anforderungen der Stadt der Zukunft zu machen.

78 Es ist außerdem unbedingt notwendig, dass Investitionen in Klimaschutz sowie Maßnahmen zur Klimafolge-  
79 nanpassung von der kommunalen Schuldenbremse ausgenommen werden. Es muss nun alles getan werden,  
80 um die Bürger:innen vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Die Katastrophe im Ahrtal 2021 war nur  
81 ein Vorbote dessen, was uns in den nächsten Jahren erwartet. Die Grundwasser-, Abwasser- und Hochwasser-  
82 konzepte müssen deshalb dringend an den Klimawandel angepasst werden. Dazu gehört eine strenge Evalua-  
83 tion der aktuellen Flächenversiegelungen. Denn Wasserdurchlässigkeit und Bodenfruchtbarkeit gehen durch  
84 Bodenversiegelungen verloren. Daher fordern wir die konsequente Entsiegelung von Flächen sowie strikere  
85 Vorgaben für die Neuversiegelung.

86 Akzeptanz für Klimagerechtigkeit!

87 Nicht nur in der Schule, auch im öffentlichen Raum und in den öffentlich-rechtlichen Medien muss Klimaschutz  
88 eine größere Rolle spielen. Deswegen fordern wir eine landesweite Öffentlichkeitskampagne zu Klimagerech-  
89 tigkeit, Arten-, Natur- und Umweltschutz. Es muss bewusst werden, dass die Klimakrise ein riesiges (Un-)Ge-  
90 rechtigkeitsproblem ist. Während die Länder des Globalen Nordens die Hauptverursacher der Krise sind, sind  
91 es vor allem die Länder des Globalen Südens, die schon jetzt unter den Folgen des Klimawandels leiden. Für  
92 effektiven und schnellen Klimaschutz muss diese Klimaschuld endlich anerkannt und Verantwortung über-  
93 nommen werden.

94 Effektiver Schutz statt immer mehr Tote!

95 Extreme Hitze und die zunehmend älter werdende Bevölkerung führten in Deutschland im Juli 2022 dazu,  
96 dass mehr als 10.000 Menschen mehr starben als im Monat Juli vergangener Jahre. Die steigende Zahl an  
97 Hitzetoten pro Jahr erfordert deshalb, dass alle saarländische Kommunen effektive Hitzekonzepte erarbeiten,  
98 um ihre Bürger:innen zu schützen.

99 **Saar Trek: Discovery – Mobilität**

100 Mobilitätswende statt Antriebswende!

101 Für effektiven Klimaschutz benötigen wir nicht nur die Verlagerung des Verkehrs von Verbrennerautos auf  
102 beispielsweise Elektromobilität oder auch Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb. Wir brauchen eine richtige Ver-  
103 kehrswende! Deswegen fordern wir eine deutlich höhere Subvention des ÖPNVs im Saarland. Nicht nur in der  
104 Stadt, sondern auch auf dem Land muss der ÖPNV die beste Option zur Fortbewegung werden und deswegen  
105 immer weiter ausgebaut werden. Auch die Reaktivierung des Schienenverkehrs ist unerlässlich. Mehr Busse,  
106 mehr Züge und eine höhere Frequenz der Fahrten – das muss die Zukunft des ÖPNV sein.

107 Neben einer Fahrradmitnahme auch vor 9 Uhr fordern wir eine Nachfolgeregelung des 9-Euro-Tickets. Für  
108 einen bezahlbaren ÖPNV im Saarland war die Tarifreform ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber  
109 es muss weitergehen: Wir fordern daher vehement die Einführung eines 365-Euro-Tickets mit freier Fahrt im  
110 ganzen Saarland.

111 Zur Finanzierung und Sicherung eines kostengünstigen ÖPNVs fordern wir die Abschaffung sämtlicher klima-  
112 schädlicher Subventionen. Darüber hinaus brauchen wir eine Umverteilung der Autoindustrie-Subventionen  
113 zugunsten des Ausbaus und der Qualitätssicherung des ÖPNVs im Saarland. Nur so kann eine echte Mobili-  
114 tätswende gelingen!

115 Außerdem plädieren wir für die Schaffung der "Verkehrsbetriebe der Großregion", die ein Ticket für die ge-  
116 samte Region sowie eine bessere Anbindung des Saarlandes an Luxemburg und Frankreich beinhaltet. Nur so  
117 können alle Saarländer:innen das Potential der Großregion noch besser nutzen.

118 Inlandsflüge sind nicht mehr zeitgemäß!

119 Wir sind kritisieren die Pläne des Saarbrücker Flughafens, zukünftig den Ausbau der Inlandsflüge von Saarbrü-  
120 cken nach Berlin und Hamburg zu fördern. Wir fordern die Landesregierung auf, in Zukunft ihren Fokus auf  
121 die Verbesserung der Zugverbindungen zu setzen und sich von Inlandsflügen deutlich zu distanzieren. Die Di-  
122 rektverbindung von Berlin ins Saarland muss ausgebaut werden. Investitionen müssen weg vom Flugverkehr  
123 und raus auf die Schiene! Darüber hinaus streben wir an, dass Inlandsflüge bzw. sehr kurze Flugstrecken in  
124 der gesamten Großregion der Vergangenheit angehören.

125 Dem Fahrrad gehört die Zukunft!

126 8% des saarländischen Verkehrsaufkommens ist auf Fahrradfahrer:innen zurückzuführen, in manchen Kom-  
127 munen beträgt der Anteil sogar 15%. Das zeigt, dass bereits viele Saarländer:innen Fahrrad fahren. Durch  
128 immer mehr und auch günstigere E-Bikes verstärkt sich dieser Trend drastisch. Deshalb ist der generelle Aus-  
129 bau des Radwegenetzes sowie der Bau von Radschnellwegen der nächste Schritt, um diese Entwicklung vor-  
130 anzutreiben. Dank guter Verbindungen zwischen verschiedenen Orten könnten viele Fahrten, die sonst mit  
131 dem Auto unternommen werden, klimafreundlich per Rad erledigt werden. Deshalb sollen in den Ausbau  
132 der Radwege im Saarland 100 Millionen Euro fließen. Um optimale Bedingungen zu ermöglichen, können öf-  
133 fentliche Flick- und Pumpstationen das Saarland zu einem echten Fahrrad-Land machen. Auch Ladestationen  
134 für E-Bikes und Fahrradboxen zum Parken von Fahrrädern an Bahnhöfen oder Bushaltestellen sind wichtige  
135 nächste Schritte hin zum fahrradfreundlichen Bundesland.

136 Der Satz der Saar-SPD „Rot kann grün“ hört sich gut an. Der Grundsatz muss jedoch mit Leben gefüllt werden.  
137 Deshalb wollen wir das grüne Gewissen der SPD sein.

## 138 **2) We're all in this together – Gleiche Bildungschancen für alle!**

139 Für uns steht außer Frage, dass soziale und demokratische Teilhabe nur durch gleiche Bildungschancen zu  
140 verwirklichen ist. Das Saarland ist auf einem guten Weg. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Zurzeit feh-  
141 len in unseren Bildungseinrichtungen viele Fachkräfte. Die digitale, technische und bauliche Ausstattung ist  
142 vielerorts weiterhin nicht zufriedenstellend. Und nicht zuletzt hat uns die Corona-Pandemie noch einmal die  
143 Schwachstellen unseres Bildungssystems vor Augen geführt. Gute Bildung ist aber eines der Kernversprechen  
144 sozialdemokratischer Politik. Deshalb gibt es viel zu tun.

145 Chancengleichheit verwirklichen!

146 Wir wollen, dass eine gute Ausbildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt: Wir wollen Gebührenfreiheit  
147 von der Kita bis zum Meister oder Master. Das Regierungsprogramm der Saar SPD geht den richtigen Weg  
148 – die Abschaffung der Kita-Beiträge ist ein riesiger Erfolg und eine echte Wertschätzung für saarländische  
149 Familien.

150 Die Digitalisierung ist im Zuge des Online-Unterrichts deutlich vorangeschritten. Wir befürworten den Plan  
151 der Landesregierung für „ein Tablet in jedem Schulranzen“. Denn für uns ist klar: Die digitale Schule von mor-  
152 gen lebt von Innovation und stetiger Weiterentwicklung. Es genügt nicht, den Schüler:innen schnelles Internet  
153 und multimediale Endgeräte zur Verfügung zu stellen. Der geregelte Umgang damit muss erlernt werden. Für  
154 einen sinnvollen Einsatz digitaler Lernmethoden braucht es neben dem Ausbau der digitalen Bildung Weiter-  
155 bildungsmöglichkeiten für Lehrer:innen sowie eine pädagogische Begleitung der Lernprozesse. Nur so kann  
156 das Gelernte anschließend auch ohne Betreuung in den eigenen vier Wänden angewendet werden.

157 Wir wollen, dass alle unabhängig von ihren individuellen Startpunkten den Zugang zu bester Bildung erhal-  
158 ten. Deshalb machen wir uns für den weiteren Ausbau von Ganztagsangeboten stark. So können wir eine  
159 umfangreiche Betreuung ermöglichen, die sowohl Schüler:innen als auch Eltern entlastet. Mit einer Qualitäts-  
160 offensive, die auch den Einsatz von genügend Personal beinhaltet, können wir hier einen großen Beitrag zu  
161 mehr Chancengleichheit leisten.

162 Die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums ist eine gute Nachricht!

163 Denn weniger Druck, mehr Zeit und endlich Platz für außerschulische Bildung wie beispielsweise Schüler:in-  
164 nenaustausche sind ein Gewinn für die persönliche Entwicklung der saarländischen Schüler:innen. Damit der  
165 Systemwechsel gelingt, müssen insbesondere die Lehrer:innenstellen in den Blick genommen werden. Denn  
166 die Verbesserung unseres Schulsystems steht und fällt mit unseren Lehrkräften. Wir fordern deshalb eine wei-  
167 tere Aufstockung der Anzahl der Lehrer:innen sowie ein weitreichendes Angebot an Fort- und und Weiterbil-  
168 dungen für Lehrkräfte. Zudem kann die Aussicht auf eine zügige Festanstellung, jungen Lehrkräften Perspek-  
169 tiven und Planungssicherheit geben. Um auch in Zukunft ausreichend Lehrpersonal zur Verfügung zu haben,  
170 kann durch den Ausbau der Lehramts-Studienplätze, bessere Studienbedingungen sowie durch eine leichtere  
171 Nachqualifizierung für Quereinsteiger:innen die Lehrkräfte-Ausbildung im Saarland für junge Menschen noch  
172 attraktiver gestaltet werden.

173 Sport in der Schule soll den Spaß an Bewegung und an sportlichen Aktivitäten fördern. Viel zu oft assoziieren  
174 junge Menschen jedoch schlechte Erfahrungen mit dem Sportunterricht. Unfaire Notenvergabe und schlechte  
175 Noten trotz enormer Anstrengung – eine Reform des Sportunterrichts ist zwingend notwendig! Wir regen des-  
176 halb an, einerseits über Alternativen zu den Bundesjugendspielen und dem Cooper-Test nachzudenken und  
177 andererseits deren Abschaffung konkret anzugehen. Kaum erreichbare Vorgaben, eine ungesunde Wettbe-  
178 werbsmentalität sowie mentaler Druck sollten im Sportunterricht keinen Platz haben. Deshalb fordern wir ein  
179 Notensystem im Sportunterricht, das einerseits die individuelle Leistungssteigerung als auch eine geschlechts-  
180 sensible Benotung verstärkt in den Blick nimmt. Denn wir wollen die Leistungsbereitschaft der Schüler:innen  
181 fördern, statt sie einzuschränken. Darüber hinaus soll auch das Thema Gesundheit Einzug in den Sportunter-  
182 richt finden. Hier können Schüler:innen lernen, wieso Sport für sie sinnvoll ist und was ihrem Körper gut tut.  
183 Die Ernährung soll in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtigere Rolle als bisher spielen. Im Rahmen  
184 des Schulsports sollen Schüler:innen nicht nur den Spaß am Sport finden, sondern auch den richtigen Umgang  
185 mit gesunden Lebensmitteln lernen.

**186 Frühkindliche Bildung stärken!**

187 Der Grundstein für Chancengleichheit wird direkt zu Beginn des Lebens gelegt. Denn der spätere Bildungser-  
188 folg hängt maßgeblich von der frühkindlichen Bildung ab. Unser Anspruch ist beste Bildung von Anfang an.  
189 Nach wie vor deckt das Angebot an Betreuungsplätzen jedoch den Bedarf von Kindern und Familien nicht  
190 ab. Laut der Bertelsmann-Stiftung werden bis 2030 5000 zusätzliche Erzieher:innen im Saarland benötigt. Da-  
191 her machen wir uns für einen Ausbau der Betreuungsplätze in der frühen Bildung und eine entsprechende  
192 Fachkräfteoffensive stark.

193 Das Berufsbild der Erzieher:innen muss für Berufs- und Wiedereinsteiger:innen attraktiver werden. Dies geht  
194 nur durch die kostenfreie, vergütete Ausbildung sowie gute Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Nur  
195 dann werden sich junge Menschen entscheiden, eine Ausbildung in diesem Bereich zu machen.

**196 How to get away with ... Unialltag! – Hochschulen**

197 Wir wollen im Saarland wieder eine Million Saarländer:innen werden. Um dieses Ziel der Landesregierung zu  
198 erreichen, spielen die Hochschulen des Saarlandes eine entscheidende Rolle. Junge Leute, die für ihr Studium  
199 ins Saarland kommen, müssen das Saarland als attraktiven Studienort vorfinden, der sie begeistert und davon  
200 überzeugt, langfristig hier zu bleiben.

201 Zurzeit sind die Rahmenbedingungen des Studiums noch nicht optimal. Denn Seminare in einsturzgefährdeten  
202 Räumen und Vorlesungen ohne die Möglichkeit einer Online-Zuschaltung sind nicht mehr zeitgemäß. Daher  
203 sind bauliche Maßnahmen und technische Neuerungen zwingend notwendig.

204 Auch die Rahmenbedingungen für studentisches Engagement müssen sich dringend verbessern. Das Engage-  
205 ment in Hochschulgruppen oder dem Asta leistet einen enorm wichtigen Beitrag zum universitären und ge-  
206 sellschaftlichen Diskurs, wird zurzeit jedoch wenig honoriert. Wir fordern daher die Anerkennung der Tätigkeit  
207 in der studentischen Selbstverwaltung mit mindestens 3 ECTS in allen Studiengängen sowie Kulanzregelungen  
208 bei Anwesenheitspflichten.

209 Wir wollen, dass das Saarland bundesweit Vorreiter bei universitären Arbeitsbedingungen wird. Befristete, aus-  
210 beuterische Arbeitsverhältnisse müssen, so schnell es geht beendet, werden. Die saarländischen Hochschulen  
211 können als erste bundesweit die Arbeitsbedingungen tausender wissenschaftlicher Angestellter verbessern,  
212 indem sie die Kettenbefristungen beenden und reinen Projektstellen den Kampf ansagen. Nachwuchswissen-  
213 schaftler:innen sollten ihren Fokus auf ihre Forschung statt auf das Schreiben von Nachfolgeanträgen für die  
214 eigene Arbeitsstellen richten können.

215 Im Saarland sind überdurchschnittlich viele Studiengänge zulassungsbeschränkt. Ein Umdenken ist nötig: Wir  
216 wollen Breitenlehre statt Exzellenzförderung an saarländischen Universitäten und Hochschulen. Uns ist be-  
217 wusst, dass dieser Strategiewechsel nur durch eine angemessene Finanzierung möglich ist. Daher muss diese  
218 unbedingt aufgestockt werden. Nur so können wir Studierende aus ganz Deutschland für den Studienstandort  
219 Saarland gewinnen.

220 Wir wollen, dass sich Studierende auf dem Campus wohl fühlen. Die beiden Standorte Homburg und Saar-  
221 brücken liegen zwar wunderschön mitten im Wald. Trotzdem ist es aufgrund vieler parkender Autos zurzeit  
222 schwer, die Natur zu genießen. Wir fordern daher die Umwandlung der beiden Campus in verkehrsberuhig-  
223 te Zonen, mit Ausnahmen für den Linien-, Rettungs-, und Lieferverkehr. Auch die Fahrradinfrastruktur muss  
224 verbessert werden. Wir schlagen deshalb vor, Fahrradbügel und Werkzeugstationen zu installieren. Darüber  
225 hinaus müssen wir auch das Leben auf dem Campus in den Blick nehmen. Kurze Wege, günstigere Mieten,  
226 viele Aktivitäten und der Kontakt zu anderen Studierenden – studentisches Wohnen direkt auf dem Campus  
227 muss weiter ausgebaut werden.

**228 So viel mehr als nice to have! – Kultur**

229 Die Corona-Pandemie hat die Kultur- und Kreativwirtschaft mit besonderer Härte getroffen. Wir dürfen Künst-  
230 ler:innen und kulturelle Einrichtungen nicht wieder aus dem Blick verlieren. Denn sie halten – zusammen mit  
231 der breiten kulturellen Vereinsstruktur des Saarlandes – uns Saarländer:innen zusammen. Wir fordern des-  
232 halb, dass auch die vielen Ehrenamtlichen in den Musik- oder Karnevalsvereinen weiterhin unterstützt werden,  
233 z.B. durch die Bereitstellung von Räumen.

234 Kulturelle Bildung kann von Anfang an Kreativität und Entwicklung von Kindern positiv beeinflussen. Deshalb

235 befürworten wir unter anderem mehr Schulausflüge zu kulturellen Institutionen. Für uns ist außerdem klar,  
236 dass der Zugang zu Kultureinrichtungen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Deshalb sollten alle  
237 Museen im Saarland kostenlos für Kinder, Auszubildende und Studierende sein.

238 Im Saarland wollen wir insbesondere Künstler:innen mit Behinderungen empowern. Denn der Kunst von Men-  
239 schen mit Behinderung wird immer noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Sie brauchen Räume, in denen  
240 sie sich ihrer Kunst widmen können, und auch die Möglichkeit, ihre Kunst zu präsentieren.

### 241 **3) Saar's Anatomy – Gesundheit und Pflege**

242 "Und wer kümmert sich um mich?"

243 Niemand will dort arbeiten, wo er körperlich und finanziell ausgebeutet wird. Das ist jedoch die Realität von  
244 sozialer und pflegerischer Arbeit: Geringe Entlohnung, eine belastende Arbeitssituation und wenig Attraktivität  
245 für Berufseinsteiger:innen führen dazu, dass immer mehr Arbeitskräfte in systemrelevanten Berufen wegbre-  
246 chen. Die Zahl der pflegebedürftigen Personen steigt wiederum an. Die Nachfrage nach qualifizierter Pflege  
247 und Unterstützung wird in Zukunft nicht mehr mit dem Angebot übereinstimmen. Aufgrund des demographi-  
248 schen Wandels wird der Fachkräftemangel weiter steigen.

249 Pflege muss attraktiver werden!

250 Pflegende verbleiben im Durchschnitt nur siebeneinhalb Jahre im Beruf. Qualifizierte und flächendeckende  
251 Angebote sind notwendig, um mehr Personen zu motivieren, im pflegerischen Bereich tätig zu werden – egal  
252 ob zu Beginn ihres Berufslebens oder als Quereinsteiger:innen. Wir müssen die Bedingungen in der Pflege  
253 strukturell verbessern und eine neue Sozialstruktur schaffen – beginnend bei der Verbesserung der Ausbil-  
254 dungssituation und der Entgeltanpassung.

255 Es braucht eine höhere Vergütung sowie eine Ausweitung von Aus- und Weiterbildungsaktivitäten. Dies wird  
256 erst dann möglich, wenn die betroffenen Berufsgruppen in Zukunft auch in die Entscheidungsprozesse mit  
257 einbezogen werden. Es kann nicht sein, dass die Personen, die von den Entscheidungen direkt betroffen sind,  
258 derart wenig Mitsprache bei der Gestaltung entsprechender Arbeits- und Ausbildungsmodelle haben.

259 Auch darf die „Teilzeitfalle“ nicht mehr der einzige Ausweg sein, wenn es um die Frage der Verträglichkeit von  
260 Job und Familie geht. Wir wollen keinen Abbau von Stellen, sondern die zusätzliche Schaffung von Arbeitsplät-  
261 zen für mindestens 4.000 Pflegekräfte bis 2030.

262 Gesundheit als Ware?

263 Der Strukturwandel im Gesundheitssektor macht auch vor den saarländischen Krankenhäusern nicht Halt.  
264 Unser Gesundheitssystem ist durch den Abbau von Stellen und durch Krankenhausschließungen bedroht.  
265 Hinzu kommen schlechte physische und psychische Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern. Der Weg  
266 muss endlich wieder weg vom Profit und hin zu einer sozialen und vor allem wohnortnahen Krankenhaus-  
267 versorgung führen. Es braucht enorme Investitionen in unsere Krankenhäuser. Neben neuer und besserer  
268 Ausstattung muss der Fokus insbesondere auf gut ausgebildete und besser entlohnte Arbeitskräfte gelegt  
269 werden.

270 Wir lehnen ein Gesundheitssystem ab, in dem jede Krankheit einen Preis hat und das nur an Leistung und effizi-  
271 enter Gewinnmaximierung interessiert ist. Die Privatisierung des Gesundheitswesens ist ein riesiges Problem:  
272 Behandlung und Forschung werden an den „gewinnbringendsten“ Krankheiten orientiert und medizinisches  
273 Fachpersonal wird zum lästigen Kostenfaktor. Wir müssen weg von der Fließbandarbeit hin zu einer Medizin,  
274 die den Menschen in den Vordergrund rückt. Denn von gewinnorientierten Klinikschließungen profitiert nie-  
275 mand. Wir wollen daher, dass wieder mehr staatliche Krankenhäuser entstehen. Weg von der Privatisierung  
276 hin zu mehr Krankenhäusern in öffentlicher Hand!

277 Landluft!

278 Die im ländlichen Raum entstandene medizinische Versorgungsknappheit ist ein riesiges Problem. Daher  
279 braucht es im Saarland strukturelle Veränderungen, die eine flächendeckende Gesundheitsversorgung ge-  
280 währleisten und den verschärften Haus- und Fachärztemangel beheben können. Es braucht alternative Ver-  
281 sorgungsstrukturen, die den Folgen des „Auslaufmodells Einzelpraxis“ entgegenwirken. Hier benötigen wir  
282 neben der Landarztquote und einem entsprechend angepassten universitären Zulassungssystem insbesondere  
283 die Förderung von Mehrbehandlerpraxen in strukturschwachen Regionen. So kann die Anstellung und

284 Niederlassung von Jungärzt:innen früh gefördert werden. Besondere Bedeutung kommt außerdem der Tele-  
285 medizin zu. Sie ermöglicht Diagnosen trotz räumlicher Trennung. Chronisch kranke Menschen oder andere  
286 Patient:innen, für die der Besuch eines Arztes oder einer Ärztin schwierig ist, erhalten so die Möglichkeit einer  
287 schnellen und unbürokratischen Diagnose.

288 Pflegende Angehörige – wenn (auch) zu Hause die Arbeit wartet.

289 Nicht selten kommt es vor, dass Pflegebedürftige in ihren eigenen vier Wänden betreut werden möchten. Die  
290 Care-Arbeit wird dabei meist von Familienangehörigen, Freund:innen oder Ehrenamtlichen übernommen. Die  
291 eigentlichen Kosten der Pflege werden oft erst bei einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes ersicht-  
292 lich. Bürokratische Hürden erschweren den Prozess zusätzlich. Es braucht deshalb eine Vereinfachung und  
293 Entbürokratisierung der Antragsprozesse. Zudem ist eine Ausweitung und Anpassung der Beratungsangebo-  
294 te unbedingt notwendig.

295 Wir bestehen auf der Bürger:innenversicherung!

296 Denn es braucht eine Versicherung, an der sich alle beteiligen. Die Zwei-Klassen-Medizin ist ein System, das  
297 Gutverdiener:innen, Beamt:innen und Selbstständige in dem Maße bevorzugt, dass sie sich einem Solidari-  
298 tätsausgleich entziehen können. Sie ist ein längst überholtes Konzept, bei dem in einer gesellschaftlichen Be-  
299 trachtung, die Kosten den Nutzen weit übersteigen.

300 (K)ein Therapieplatz in 4 Monaten!

301 Psychische Erkrankungen sind in vielen Teilen unserer Gesellschaft immer noch Tabu-Thema und „Karrierekil-  
302 ler“. Betroffene sind mit unzureichenden medizinischen und beratenden Angeboten konfrontiert. Es braucht  
303 daher endlich eine lückenlose medizinische Versorgung mit niedrigschwelligen Angeboten zur Kur mentaler  
304 Erkrankungen. Wir wollen eine Landesförderung sozialpsychiatrischer Dienste, die eine ambulante Grundver-  
305 sorgung im Saarland gewährleisten kann. Dieser Anspruch soll gesetzlich festgehalten werden. Angesichts des  
306 Mangels an psychotherapeutischen Angeboten brauchen wir auch dringend eine Ausweitung der Kassensitze  
307 für Psychotherapeut:innen und psychiatrisch geschulte Fachärzt:innen.

308 Ohne Akzeptanz und ein gesteigertes Verständnis für psychische Erkrankungen werden wir die Enttabuisie-  
309 rung mentaler Gesundheit jedoch niemals erreichen. Deshalb wollen wir, dass sich junge Menschen bereits  
310 früh mit diesen Themen auseinandersetzen. Insbesondere durch entsprechende Aufklärungsarbeit in Schu-  
311 len, anhand von Projekttagen und Unterrichtseinheiten, wollen wir die Sensibilität für mentale Gesundheit  
312 fördern.

313 Weiße Männer als Maßstab der Medizin.

314 In Medizin und Forschung gilt der weiße „Durchschnittsmann“ als Standard. Das bedeutet, dass bei der Er-  
315 forschung von Medikamenten der 75 bis 80 Kilogramm schwere Mann als universeller Maßstab dient. Man-  
316 che Medikamente sind daher bis heute zu hoch für Frauen\* dosiert. Was dem einen also hilft, kann bei der  
317 anderen zu gravierenden Folgeschäden führen. Es braucht deshalb nicht nur mehr und bessere Daten, son-  
318 dern auch eine entsprechende Differenzierung bei deren Aus- und Weiterverwertung. Darüber hinaus muss  
319 die medizinische Forschung auch intersektionelle Unterschiede stärker in den Blick nehmen. Am Beispiel der  
320 Hautkrebs-Forschung zeigt sich, dass Hautsymptome für Hautkrankheiten bisher nur an heller Haut erforscht  
321 sind. Auch Medizin-Lehrbücher beziehen sich fast nur auf weiße Menschen. All das zeigt, dass hier ein Umden-  
322 ken unbedingt notwendig ist!

#### 323 **4) Zurück in die Zukunft?! – Wirtschaft und Arbeit**

324 Das Saarland kennt große wirtschaftliche Herausforderungen. Mit dem Ende des Bergbaus stand die saarlän-  
325 dische Wirtschaft bereits vor großen Veränderungen. Unser Bundesland hat es schon einmal geschafft, sich  
326 an eine schwierige Situation anzupassen und einen Wandel erfolgreich zu bewältigen. Heute stehen wir wie-  
327 der vor einem großen Umbruch und sind mit vielleicht noch größeren Herausforderungen konfrontiert, denn  
328 die Klimakrise erfordert riesige Transformationsprozesse unserer Wirtschaft. Große Firmen ziehen sich aus  
329 dem Saarland zurück: Ford hat nach einem langen und unfairen Bieterwettbewerb das Aus für die Produktion  
330 in Saarlouis erklärt. V & B Fliesen verlegt seine Produktion in die Türkei und die Stahlindustrie leidet unter  
331 steigenden Produktionskosten.

332 Neben all dem gibt es zum Glück auch positive Meldungen. So wurde bei ZF in Saarbrücken eine Zukunftsver-  
333 einbarung beschlossen, die eine Beschäftigungssicherung bis 2025 und weitere Investitionen in die Standort-  
334 sicherung beinhaltet. Auch der Küchenhersteller Nobilia sieht das Zukunftspotential unseres Bundeslandes:  
335 Die Neuansiedlung und die damit verbundene Schaffung wichtiger neuer Arbeitsplätze ist eine gute Nachricht  
336 für das Saarland. Über all das können wir uns freuen, wir dürfen jedoch nicht die Augen vor dem verschließen,  
337 was in den nächsten Jahren auf uns zukommt.

338 Die Transformation der Wirtschaft ist eine riesige Aufgabe, die es so schnell wie möglich zu bewältigen gilt.  
339 Die Klimakrise erfordert radikale Veränderungen. Deshalb fordern wir, dass die saarländische Wirtschaft ver-  
340 pflichtet wird, ab 2035 nur noch erneuerbare Energien zu nutzen.

341 Arbeitsplätze sind das Zukunftsthema für das Saarland!

342 SVOLT ebnet den Weg für weitere Neuansiedlungen und neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Wir brauchen  
343 aber auch einen Plan zur Nachnutzung für den Ford-Standort in Saarlouis. Hierbei muss die Schaffung neuer,  
344 aber auch die Erhaltung bereits bestehender Arbeitsplätze im Fokus stehen. Deshalb unterstützen wir das Ziel  
345 der Landesregierung von 400.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im Saarland.

346 Auf zum Saar Valley!

347 Das Saarland soll die Heimat zahlreicher Start-ups sein. Dafür müssen wir die einzigartige Lage des Saar-  
348 landes mehr ausnutzen. Gerade in Zeiten der Globalisierung und der Digitalisierung bietet die Internatio-  
349 nalität, die das Saarland durch das Dreiländereck bietet, besonders vielfältige Vernetzungsmöglichkeiten für  
350 junge Firmen. Das Saarland muss daher optimale Rahmenbedingungen für das Gründen neuer Firmen bie-  
351 ten. In diesem Zusammenhang unterstützen wir den Vorschlag der Saar-SPD für eine Umzugsprämie ins Saar-  
352 land.

353 Arbeit muss sich lohnen!

354 Wir begrüßen die Erhöhung des Mindestlohns ab Oktober auf 12€, sehen aber aufgrund des immer wei-  
355 ter steigenden Preisniveaus langfristig die Notwendigkeit, den Mindestlohn bis auf 15€ pro Stunde zu erhö-  
356 hen.

357 Wir wollen die Übergewinnsteuer!

358 Es kann nicht sein, dass in den großen Krisen viele Leute um ihre Existenz fürchten, während sich wenige  
359 große Konzerne weiter bereichern. Gerade mit Blick auf die Entwicklung des Energiemarktes und steigende  
360 Gaspreise muss deshalb die Übergewinnsteuer für Unternehmen der nächste Schritt in der Bewältigung der  
361 Energiekrise sein. Wir brauchen die Übergewinnsteuer, um die Energieverteilung endlich sozial gerecht zu  
362 gestalten.

363 Es ist Zeit für beste Bedingungen für eine Ausbildung!

364 Die Saarländische Handwerkskammer meldet für das neue Ausbildungsjahr 250 unbesetzte Ausbildungsplät-  
365 ze. Das zeigt einerseits, dass saarländische Betriebe junge Menschen fördern wollen. Es zeigt aber auch, dass  
366 die Bedingungen, als junger Mensch eine Ausbildung zu beginnen, alles andere als zufriedenstellend sind.  
367 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es attraktiver wird, nach der Schule einen Ausbildungsberuf zu wählen.  
368 Die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ist unbedingt notwendig, um jungen Menschen finanzielle  
369 Sicherheit zu bieten.

370 Die Steigerung der Attraktivität der Ausbildung bedeutet für uns auch, dass das Schulgeld, das Auszubildende  
371 in vielen Berufen noch immer zahlen müssen, endlich der Vergangenheit angehört. Wenn effektive Maßnah-  
372 men gegen den massiven Fachkräftemangel gesucht werden, muss die Ausbildung der Ansatzpunkt für Verän-  
373 derungen sein. Wir können nicht weiter hinnehmen, dass sich junge Menschen aus finanziellen Gründen gegen  
374 eine Ausbildung entscheiden. Darüber hinaus ist auch die Einführung einer saarländischen Ausbildungsplatz-  
375 garantie längst überfällig.

376 Die Einführung der 42 Stunden-Woche? Nicht mit uns! Andere Länder beweisen längst, dass die Reduktion  
377 der Arbeitszeit die Zukunft der Arbeit ist. Deshalb fordern wir die 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.  
378 Außerdem brauchen wir ein Recht auf Homeoffice, wo immer es möglich ist. Pausenzeiten sowie das Recht  
379 auf Nichterreichbarkeit sind unbedingt mitzudenken.

**380 5) Modern Family**

381 Für viele Familien kann Homeoffice ein Vorteil sein. Sie sehnen sich danach, Familie und Beruf besser vereinba-  
382 ren zu können. Dennoch dürfen wir nicht zulassen, dass durch mehr Homeoffice alte Rollenbilder manifestiert  
383 werden. Care-Arbeit darf keine rein weibliche Aufgabe sein! Durch flexiblere Arbeitszeitmodelle können bei-  
384 de Partner:innen mehr Zeit zuhause verbringen. Eine gerechtere Aufteilung der Aufgaben ist möglich. Deshalb  
385 fordern wir eine Familienarbeitszeit, in der die Elternteile ihre Arbeitszeit phasenweise reduzieren können und  
386 einen entsprechenden Lohnausgleich erhalten. Zusätzlich sollen die „Vätermonate“ bei der Elternzeit ausge-  
387 weitert werden, damit Familienarbeit besser verteilt werden kann.

388 Wir fordern zudem eine Stärkung der Sozialversicherung – mit einer stärkeren Beteiligung der Arbeitgeber.  
389 Unser Sozialversicherungssystem wird immer mehr gefordert, deshalb bedarf es einer sicheren und sozial  
390 gerechten Finanzierung. Wir wollen eine Reform der Sozialversicherung, in der die Arbeitgeber einen höheren  
391 Beitrag – insbesondere im Niedriglohnssektor – zahlen. Denn durch die aktuelle Regelung der paritätischen  
392 Beitragszahlung wird Lohndumping honoriert. Das ist nicht hinnehmbar!

393 Die unzeitgemäße Regelung der Mutterschaft muss ein Ende haben. Wenn lesbische und bisexuelle Frauen  
394 mit ihrer Partnerin ein Kind bekommen, ist nur die Frau, die das Kind geboren hat, offiziell Mutter des Kindes.  
395 Ihre Partnerin kann bisher lediglich als Adoptivmutter anerkannt werden. Diese Diskriminierung können wir  
396 nicht weiter hinnehmen. Die Mutterschaft muss zwingend neu definiert werden.

397 Familien mit Kindern sollen unabhängig von einem Trauschein gefördert werden. Deshalb befürworten wir die  
398 Abschaffung des Sonderstatus der Ehe, nicht mehr zeitgemäß ist und zu viele Lebensrealitäten ausblendet. In  
399 diesem Zusammenhang ist auch die Abschaffung des Ehegatt:innensplittings unverzichtbar, das ein Alleinver-  
400 sorger:innenmodell fördert, bei dem eine Person sehr viel und die andere Person besonders wenig oder nichts  
401 verdient. Dies führt zu einer Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden, unverheirateten Paaren sowie gleich  
402 verdienenden Ehepartner:innen, die nicht von den steuerlichen Vorteilen profitieren können. Dies ist gesell-  
403 schaftlich nicht nur überholt, sondern begünstigt auch patriarchale Strukturen und Abhängigkeitsverhältnisse  
404 von Frauen\*, die nach wie vor oft weniger verdienen als ihre Ehemänner. Denn die weniger verdienenden  
405 Personen in Steuerklasse V haben einen besonders hohen Steueranteil. Dadurch bleibt vom eigenen Lohn  
406 überproportional wenig übrig. Dies führt sich später im Rentensystem fort – nicht umsonst haben Männer  
407 durchschnittlich mehr als doppelt so hohe Renten wie Frauen\*.

**408 Kein Kind hat Armut gewählt!**

409 Dennoch wächst jedes 5. Kind im Saarland in finanzieller und damit oft verbundener sozialer Armut auf. In  
410 einem reichen Land wie Deutschland können wir diesen Zustand nicht länger ertragen. Alle Kinder sollen ge-  
411 fördert werden, sich selbst entwickeln und zu starken jungen Erwachsenen heranwachsen können. Deshalb ist  
412 die Einführung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene die richtige Konsequenz, um Kinderarmut von  
413 Anfang an entgegenzuwirken.

414 Zusätzlich brauchen wir mehr Quartiersarbeit, um all die Kinder aufzufangen, denen teure Sport- und Frei-  
415 zeitaktivitäten verwehrt werden. Die Jugendhilfe im ganzen Saarland leistet einen wichtigen Beitrag, um Chan-  
416 cengerechtigkeit zu fördern und Kindern ein gutes Leben zu ermöglichen. Deshalb müssen Einrichtungen der  
417 Jugendhilfe im Saarland unbedingt ausreichend gefördert werden. Darüber hinaus müssen Kinderrechte end-  
418 lich die Stellung erhalten, die sie verdienen: Wir wollen, dass Kinderrechte sowohl in der Bundes- als auch in  
419 der Landesverfassung verankert werden.

**420 Jungen Menschen gehört die Zukunft!**

421 Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist längst überfällig. Es ist Fakt, dass junge Menschen mitbestimmen  
422 wollen. Die demographische Entwicklung in Deutschland hat jedoch zur Folge, dass im Vergleich zu jungen  
423 Personen viele ältere Menschen wahlberechtigt sind. Um junge Menschen für Politik zu begeistern und sie  
424 von Demokratie überzeugen, müssen ihnen echte Beteiligungsmöglichkeiten zustehen. Q&As auf Instagram  
425 sind vielleicht eine gute Möglichkeit, um direkt in Kontakt zu kommen, diese Art von Mitbestimmung ist aber  
426 absolut unzureichend. Wir müssen jungen Menschen zeigen, dass sie gehört werden, dass ihre Interessen in  
427 politische Entscheidungen einfließen und dass die Politik sie im Blick hat.

428 Die Gesetze von heute betreffen das Morgen junger Menschen. Deshalb fordern wir das aktive Wahlrecht bei  
429 Landtags- und Kommunalwahlen. In anderen Bundesländern ist es längst Realität, dass junge Menschen mit-

430 bestimmen dürfen. Auch das Saarland muss mehr für junge Menschen tun. Deshalb schlagen wir darüber  
431 hinaus Jugendbeiräte mit eigenen Rederechten sowie finanziellen Mitteln vor und befürworten auch die Ein-  
432 führung eines Jugendparlamentes auf Landesebene.

### 433 **6) Desperate Housewives oder Gleichstellung Realität werden lassen?! – Gesellschaftspolitik**

434 Frauen\* die Hälfte der Macht!

435 Die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist weiblich. Unsere Gesellschaft ist jedoch durch patriarchale Struktu-  
436 ren geprägt. Der Kampf um Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und die gesellschaftliche Gleichstellung  
437 der Frau\* ist noch lange nicht gewonnen. Im Gegenteil: Wir müssen ihn jetzt noch härter führen! Insbesondere  
438 im beruflichen Kontext muss es schleunigst Verbesserungen für Frauen\* geben. Weibliche Personen müssen  
439 endlich so viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen. Wir brauchen darüber hinaus mehr weibliche Perso-  
440 nen in MINT-Berufen sowie in Wissenschaft und Forschung.

441 Die Politik muss Vorbild im Kampf um Geschlechtergerechtigkeit sein!

442 Wir fordern deshalb die Einführung paritätischer Listen im Zuge der Wahlrechtsreform des Bundestages. Das  
443 Parlament als Volksvertretung muss zu gleichen Teilen aus Frauen\* und Männern bestehen. Die Wahlrechtsre-  
444 form muss auch ein klares Signal der Gleichberechtigung sein, um ihrem Namen „Reform“ tatsächlich gerecht  
445 zu werden.

446 Jetzt muss auch 218 weg!

447 Die Abschaffung des Paragraphen 219a war ein lang ersehnter Erfolg für die Selbstbestimmung von Frauen\*.  
448 Das darf aber nicht das Ende sein. Wir fordern die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch und  
449 die Ergänzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes. Schwangerschaftsabbrüche sind keine Straftaten!

450 Frauen\* müssen besser geschützt werden!

451 Die Corona-Pandemie hat die Situation vieler Frauen\* nochmals verschlimmert: Während des Lockdowns wa-  
452 ren sie ihrem gewalttätigen Partner hilflos ausgeliefert. Die Unterstützung und der Ausbau der Frauenhäu-  
453 ser sind im Kampf gegen Gewalt an Frauen\* unbedingt notwendig. In diesem Zusammenhang befürworten  
454 wir die Erarbeitung und Anwendung eines landesweiten Konzeptes zur Stärkung der Beratungsangebote für  
455 Frauen\*. Wir benötigen außerdem niedrigschwellige Beratungsangebote bei sexueller Belästigung und Ver-  
456 gewaltigungen. Deshalb schlagen wir ein Heimwegtelefon vor, das den Heimweg nach Hause sicher machen  
457 soll.

458 Sexualkunde ist überholt! Wir brauchen in unseren Schulen dringend eine Anpassung der Aufklärungsarbeit.  
459 Diese soll sowohl eine Enttabuisierung der Periode beinhalten als auch alle Geschlechter in den Blick neh-  
460 men.

461 Der 8. März soll Feiertag werden! Wir wollen uns Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zum Vorbild nehmen.  
462 Als Zeichen für die Gleichberechtigung der Geschlechter.

463 Wir sind ein feministischer Landesverband. Deshalb wollen wir der Vernetzung von FINTA\* mehr Raum geben.  
464 Neben einem Arbeitskreis Feminismus wollen wir feministischen Themen im Verband mehr Platz einräumen  
465 und uns gemeinsam über Themen wie toxische Männlichkeit austauschen. Darüber hinaus wollen wir ein om-  
466 nipräsentes Awareness-Team etablieren. In Zukunft sollen die Vertrauenspersonen nicht nur auf den Landes-  
467 konferenzen, sondern bei allen Veranstaltungen der Jusos die Sorgen und Anregungen der Jusos im Saarland  
468 entgegennehmen.

### 469 **Lieb doch wen du willst!**

470 Blutspender:innen werden dringend gesucht. Viele Personen, die zur Spende bereit wären, werden aber ge-  
471 setzlich davon abgehalten. Die Diskriminierung bei der Blutspende muss endlich ein Ende haben. Daher for-  
472 dern wir, dass Blutspendeverbot sowohl für Männer, die Sex mit Männern haben, als auch für Transpersonen  
473 abgeschafft werden muss! Die Spende soll vom Risikoverhalten und nicht von der sexuellen Identität der Spen-  
474 der:innen abhängig gemacht werden.

475 Die Ehe für alle war ein richtiger Schritt. Weitere Maßnahmen müssen jetzt folgen. Die amtliche Geschlechts-  
476 und Vornamensänderung muss auf Antrag immer möglich sein. Darüber hinaus muss der Zugang zu Hormon-

477 ersatztherapie und medizinischer Geschlechtsangleichung deutlich vereinfacht werden. Im Bildungsbereich  
478 streben wir zudem verpflichtende Module zum Themenfeld LGBTQIA+ an.

#### 479 **Echte Inklusion statt Ableismus!**

480 Eine inklusive Gesellschaft muss allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Deshalb müssen  
481 wir dafür sorgen, dass überall – im öffentlichen Raum, in Gebäuden, Bahnhöfen und auch auf den Internetsei-  
482 ten unserer Behörden – die Barrierefreiheit gewährleistet ist. Nur so schaffen wir echte Inklusion und Teilhabe  
483 für alle.

484 Menschen mit Behinderung müssen von ihrer Arbeit leben können!

485 Die Bezahlung in Behindertenwerkstätten ist ein unerträglicher Zustand: Viele Beschäftigte verdienen weniger  
486 als zwei Euro pro Stunde. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen fordern wir daher eine bundesweite Lö-  
487 sung, die sich am Mindestlohn orientiert und eine Kombination von Beschäftigung und weiteren Leistungen  
488 der Eingliederungshilfe ermöglicht.

489 Schließlich sprechen wir uns für ein inklusives Rechtssystem aus. Wir fordern eine bessere Ausbildung der  
490 Staatsanwaltschaften und Gerichte in Bezug auf das Befragen von Zeugen mit Behinderung. Auch durch ein-  
491 fachere Sprache und Barrierefreiheit können wir in diesem Bereich deutlich mehr Inklusion erreichen. Wir  
492 wollen außerdem, dass die deutsche Gebärdensprache als eigenständige Sprache anerkannt wird. Dadurch  
493 soll ein Anspruch auf Kommunikation in Gebärdensprache gegenüber öffentlichen Stellen wie in Schulen und  
494 Kindertageseinrichtungen entstehen.

#### 495 **Willkommen bei den Saarländer:innen! – Anti-Diskriminierung und Integration**

496 Das Saarland ist weltoffen und bunt. Wir wollen als Jusos Saar die gesellschaftliche Vielfalt auch in unseren  
497 Strukturen abbilden und dies als Chance begreifen. Das bedeutet, dass wir für Chancengerechtigkeit und  
498 gegen Rassismus, ethnozentrierten, kulturalistischen und religionsbezogenen Chauvinismus, Antisemitismus,  
499 Antiziganismus und Islamfeindlichkeit sowie gegen jegliche Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit  
500 ohne Zögern konsequent vorgehen. Außerdem verstehen wir es es als Aufgabe jede\*r\*s Einzelnen, unsere of-  
501 fene und tolerante Gesellschaft nicht nur zu schützen, sondern auch weiterzuentwickeln. Der gesellschaftliche  
502 Umgang mit migrantisch gelesenen Personen ist dabei ein Querschnittsthema, das unter anderem Bildung,  
503 Feminismus, Gesundheit, Arbeit und Soziales berührt.

504 Die konkrete Situation neuzugewanderter Personen ist teils zurzeit teils verheerend: Arbeitsmigrant:innen aus  
505 EU-Ländern werden in Deutschland Tag für Tag ausgebeutet. Wir können dabei nicht mehr länger zusehen.  
506 Deshalb fordern wir die Stärkung der Arbeitnehmer:innenrechte, unabhängig von der Nationalität.

507 Wir wollen als Jusos Saar zudem die Vernetzung mit entsprechenden Akteur:innen vor Ort und auf europäi-  
508 scher Ebene suchen. Unser Ziel ist, gemeinsam mit anderen Akteur:innen zu erarbeiten, wie die Rechte neuzu-  
509 wandernder Personen generell gestärkt werden können. Integration ist für uns eine gesamtgesellschaftliche  
510 Aufgabe: Die neue Willkommenskultur im Saarland muss mit Leben gefüllt werden. Darüber hinaus fordern  
511 wir, dass das Saarland zum Sicheren Hafen werden soll. Bei uns können Menschen ankommen und Schutz  
512 suchen. Wir wollen all denen Sicherheit bieten, denen dieser in ihrer Heimat verwehrt wird.

513 Hürden bei der Integration gezielt abbauen!

514 Schwierigkeiten bei der Integration erfahren nahezu alle neuzugewanderte Personen auf unterschiedliche Art  
515 und Weise. Im Sinne der Willkommenskultur des Saarlandes müssen wir genau hier ansetzen. Die Hürden bei  
516 der Arbeits- und Ausbildungsmarktintegration müssen zunächst dringend abgebaut werden, um die Integra-  
517 tion in beide Märkte zu beschleunigen und zu fördern. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Beschleuni-  
518 gung von Anerkennungsverfahren bei ausländischem Abschluss und Berufserfahrung.

519 Des Weiteren bewerten wir die Dezentralisierung der Landesaufnahmestelle für Asylbewerber:innen in Lebach  
520 und die damit verbundene Schaffung von neuen Außenstellen als äußerst wichtiger Schritt hin zur Vereinfach-  
521 ung der Anfangssituation für neu ankommende Personen.

522 Wir wollen, dass nicht nur minderjährige Geflüchtete vom Wohlstand unseres Staates profitieren. Stattdessen  
523 sollen die Förderung, Betreuung und der Schutz allen Altersgruppen zustehen. Wir fordern deshalb für alle  
524 Menschen den vollen und gleichberechtigten Zugang zur gesundheitlichen Versorgung sowie zur psychologi-  
525 schen Betreuung unseres Gesundheitswesens.

526 Auch das Lernen der Zweitsprache Deutsch darf niemandem verwehrt werden: Sprachkurse bis einschließ-  
527 lich Niveau B1 sollten unabhängig vom Aufenthaltsstatus finanziert werden. So können wir die Vernetzung  
528 von neu zugewanderten Menschen initiieren und sicherstellen, dass Rechte formuliert und wahrgenommen  
529 werden können. Als Jusos Saar möchten wir uns mit Integrationskursanbietern wie z.B. Volkshochschulen zu-  
530 sammensetzen. Gemeinsam wollen wir über Möglichkeiten beraten, wie Sprachkurse für alle Menschen im  
531 Saarland durchsetzbar sind.

532 Schließlich setzen wir uns für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht mit einem deutlichen Ausbau der Mög-  
533 lichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit ein.

534 Es braucht mehr intersektionale Aufklärungsarbeit!

535 Denn migrantisch gelesene Personen werden in Schule, Ausbildung, Studium und im Beruf noch immer struk-  
536 turell diskriminiert. Wir fordern daher die gezielte Weiter- oder Fortbildung in Seminaren zu (Alltags-)Rassismus  
537 für Mitarbeiter:innen von Behörden sowie Lehrer:innen, um strukturelle Diskriminierung auf allen Ebenen zu  
538 bekämpfen.

### 539 **Dear White People – Anti-Rassismus**

540 Der Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein zentraler Teil unserer Verbandskultur und  
541 unseres politischen Verständnisses. Nicht nur die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass der  
542 Schwerpunkt antirassistische Arbeit sowohl im Verband als auch in der Außenkommunikation absolut notwen-  
543 dig ist. Der tief verwurzelte Rassismus ist eine der wirkmächtigsten und verbreitetsten Formen der gruppenbe-  
544 zogenen Menschenfeindlichkeit. Seine Mechanismen und Ausprägungen sind allgegenwärtig und bestimmen  
545 das Alltagsleben der von Rassismus Betroffenen.

546 Struktureller Rassismus zieht sich durch unsere ganze Gesellschaft, auch in linken Räumen und auch in unse-  
547 rem Verband. Doch für uns ist klar: Wir sagen Rassismus den Kampf an und stehen solidarisch mit Betroffenen  
548 von Rassismus. In der antirassistischen Bildungsarbeit steht unser Verband noch ganz am Anfang. Deswegen  
549 müssen wir uns grundlegend mit dem Thema Rassismus beschäftigen. Dazu müssen wir über weiße Privi-  
550 legien und Machtstrukturen sprechen. Im Zuge dessen wollen wir einen Aktionsplan gegen Antisemitismus  
551 und Rassismus schaffen: Wie schaffen wir es, ein antirassistischer Verband zu werden? Wie bekämpfen wir  
552 strukturellen Rassismus und erreichen mehr Repräsentation von BIPOC bei den Jusos Saar?

553 Um Rassismus zu verstehen, müssen wir zudem betrachten, wie Rassismus seit Jahrhunderten in unserer  
554 Gesellschaft wirkt. Wir müssen verstehen, dass koloniale Denkweisen bis heute existieren. Dazu wollen wir  
555 über den Ursprung des Rassismus im Kolonialismus sprechen. Die Entwicklung des Rassismus reicht vom  
556 Nationalsozialismus, über den Umgang mit „Gastarbeiter:innen“ bis zur rechten Gewalt nach der Wende und  
557 fand einen Höhepunkt im antimuslimischen Rassismus seit 9/11.

558 Rassismus führt vor allem durch das Wirken staatlicher Institutionen in der (Re-)Produktion von Rassismen un-  
559 mittelbar oder mittelbar zur Ausgrenzung und systematischen Benachteiligung sowie zu Gewalt. Wir möchten  
560 über Reformen der Strafjustiz und des Bildungssystems reden. Maßgeblich zur Überwindung von institutionel-  
561 lem Rassismus ist es, Wege zur Eliminierung von Vorurteilen zu ebnen und die Transparenz und Rechenschafts-  
562 pflicht der Polizei zu erhöhen. Hierzu fordern wir eine:n Antidiskriminierungsbeauftragten zusätzlich zum/zur  
563 Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, der/die sich mit genau diesen Fragen ausein-  
564 andersetzen soll. Darüber hinaus wollen wir hierarchische Strukturen der Behörden thematisieren. Darüber  
565 hinaus wollen wir, dass durch Kontrollmechanismen und Prozesse in der Verwaltung auch Führungskräfte für  
566 Diskriminierungen zur Rechenschaft gezogen werden können. Auch wenn diese von ihren Mitarbeiter:innen  
567 stammen.

### 568 **Mehr Vernetzung auf dem Weg zum diversen und integrativen Verband!**

569 Sowohl in der SPD als auch bei den Jusos sind Menschen mit eigener oder familiärer Migrationserfahrung  
570 häufig unterrepräsentiert. Unser Anspruch ist es jedoch, die gesellschaftliche Vielfalt in unserem Verband wi-  
571 derzuspiegeln. Deshalb müssen wir für Menschen mit Migrationsgeschichte attraktiv sein und diese in unseren  
572 Reihen aktiv fördern.

573 Migrantisch gelesene Personen sind dabei selbstverständlich keine homogene Gruppe. Es geht uns insbeson-  
574 dere darum, möglichst viele Perspektiven zu vereinen. Wir wollen die Vernetzung untereinander vorantreiben  
575 und allen Menschen eine politische Heimat geben, die Seite an Seite für eine sozial gerechtere Gesellschaft

576 kämpfen möchten. Auf diese Weise wollen wir ein diverser und integrativer Verband werden, der neue Per-  
577 spektiven und Lösungen anstrebt. Gezielt sollen dabei auch Frauen\* angesprochen werden. Anlehnend daran  
578 wollen wir verstärkt die Probleme geflüchteter Frauen\* auf die politische Agenda bringen. Dabei ist ein inte-  
579 grativer Verband nur der erste Schritt hin zu einer integrativen SPD und wirklichem gesellschaftlichen Zusam-  
580 menhalt.

## 581 **7) Game of Saar – Inneres**

### 582 **Effektiver Kampf gegen rechts!**

583 Im Kampf gegen antidemokratische Strömungen und Bewegungen fordern wir die Einrichtung einer Regelför-  
584 derung für Projekte zur Prävention von Rechtsextremismus.

585 Außerdem sind wir der Auffassung, dass der Begriff „Rasse“ endlich aus der Verfassung gestrichen werden  
586 muss. In einem ersten Schritt fordern wir daher die Streichung aus der Landesverfassung des Saarlandes  
587 und fordern die Landesregierung anschließend auf, eine Bundesratsinitiative zur Streichung des Begriffs im  
588 Grundgesetz anzustreben.

589 Auch im Saarland wurden wir im Zuge der Corona-Pandemie nicht von „Querdenkern“ und anderen Ver-  
590 schwörungstheoretiker:innen verschont. Deshalb soll wie in anderen Bundesländern eine Beratungsstelle  
591 geschaffen werden. Diese soll Betroffenen und Angehörigen von Verschwörungstheorien zur Verfügung ste-  
592 hen.

### 593 **SOKO Saarland – Polizei stärken.**

594 Für mehr Sicherheit brauchen wir mehr Personal bei der Polizei und im Justizdienst. Denn die besten Gesetze  
595 nützen nichts, wenn sie nicht vollzogen werden können. Wir brauchen mehr Polizist:innen in den Wachen und  
596 mehr Polizei auf den Straßen. Auch die Rahmenbedingungen für Polizist:innen müssen stimmen. Dazu gehört  
597 zweifelsfrei eine gute Ausbildung, eine angemessene Bezahlung sowie eine optimale sachliche Ausstattung. In  
598 der Justiz braucht es insbesondere mehr Rechtspfleger:innen, um den Alltag adäquat und angemessen erle-  
599 digen zu können.

600 Der Beruf des Polizeibeamten und der Polizeibeamtin muss wieder attraktiv für junge Menschen werden.  
601 Deshalb setzen wir uns für angemessene Zulagen ein. Gerade Beamt:innen, die sich mit der Verfolgung von  
602 Darstellungen von Kindesmissbrauch beschäftigen, müssen hier in den Blick genommen und honoriert wer-  
603 den.

604 Wir sind uns sicher, dass eine sozialdemokratische Sicherheitspolitik auch immer die Stärkung von Bürger:in-  
605 nenrechten vorantreiben muss. Deswegen setzen wir uns für die Einführung eines unabhängigen Polizeibe-  
606 auftragten/ einer unabhängigen Polizeibeauftragten und für die Einführung der Kennzeichnungspflicht ein.  
607 Darüber hinaus wollen wir Rassismus innerhalb von Sicherheitsbehörden konsequent bekämpfen. Deshalb  
608 fordern wir eine detaillierte Studie, die zum Ziel hat, Rassismus in Bundes- und Landespolizei zu beleuch-  
609 ten.

### 610 **Können wir das schaffen? – Bauen**

611 *Jo, wir schaffen das.*

612 Die Entwicklung des Wohnungsmarkts ist besorgniserregend. Gab es 2005 im Saarland noch 5000 Sozialwoh-  
613 nungen, waren es vergangenes Jahr nicht einmal 600. Hinzu kommt, dass die Zahl der armutsgefährdeten  
614 Menschen im Saarland stetig steigt. Gerade ältere Menschen im Saarland sind im bundesweiten Vergleich be-  
615 sonders stark von Armut bedroht. Auch die Kinderarmut ist im Saarland in den vergangenen zehn Jahren so  
616 stark gestiegen wie in fast keinem anderen Bundesland. Ihnen gegenüber steht ein Wohnungsmarkt mit ho-  
617 hen Mieten und einem enormen Sanierungsstau. Wohnraum ist keine Ware. Wohnen ist ein Menschenrecht  
618 und muss für alle bezahlbar sein.

619 Wir brauchen deshalb eine neue Bodenpolitik. Es muss Investitionszuschüsse geben. Außerdem müssen die  
620 Förderprogramme derart verbessert werden, dass durch optimierte Förderkriterien und verstärkte Bezu-  
621 schussung sozialer Wohnungsbau im Saarland sowohl für Investor:innen als auch für Eigentümer:innen attrak-  
622 tiver wird. Sozialwohnungen müssen außerdem in den Innenstädten angesiedelt sein. Es darf keine Verdrän-  
623 gung an den Stadtrand geben. Wohnen darf nicht zur weiteren Spaltung unserer Gesellschaft beitragen.

624 Wir fordern eine starke soziale Wohnraumförderung! Dafür ist es unabdingbar, dass das Angebot an Wohnun-  
625 gen mit sozialer Mietpreisbindung ausgeweitet wird. In Neubaugebieten soll eine Sozialquote von mindestens  
626 25 Prozent für geförderten Wohnraum vereinbart werden.

627 Alternative Wohnkonzepte wie gemeinschaftliches Wohnen oder Mehrgenerationenhäuser können eine Al-  
628 ternative zum konventionellen Wohnen darstellen. Die Stärkung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften  
629 und Baugenossenschaften ist in diesem Zusammenhang unbedingt nötig. Für die Zukunft des Wohnens in un-  
630 sseren Städten und Dörfern brauchen wir außerdem neue Entwicklungskonzepte, die an die Bedürfnisse der  
631 Bürger\*innen angepasst und auch barrierefrei zugänglich sind.

632 Ein Saarländisches Wohnraumfördergesetz soll Bedarfe und Ziele dieses Politikfeldes transparent machen.  
633 Auch um den steigenden Mietkosten muss es ein größeres Wohnungsangebot geben. Bezahlbares Wohnen  
634 darf kein Sondergut werden. Das Saarland muss zurück zu 5000 Sozialwohnungen!

### 635 **Das Saarland ist Vereinsland! – Sport**

636 Die vielen aktiven Vereine fördern den unvergleichbaren Zusammenhalt im Saarland. Dank Sport finden Men-  
637 schen zusammen, die sonst vielleicht nicht aufeinandertreffen. Deshalb ist das Engagement in Vereinen ein  
638 wichtiger Grundpfeiler des sozialen Zusammenhalts. Wir müssen unsere Vereine entlasten und ihnen das Ver-  
639 einsleben in Zukunft erleichtern. Denn bürokratische Auflagen und komplexe Regelungen sind zusätzlich zum  
640 ehrenamtlichen Trainingsbetrieb kaum zu leisten. Darüber hinaus befürworten wir die Kooperation von Schu-  
641 len und Kitas mit Sportvereinen. Wer früh den Spaß an Bewegung findet, der ist auch später positiv gegenüber  
642 sportlichen Aktivitäten gestimmt.

### 643 **Wir sind Olympia 2024!**

644 Rund um die Olympischen Spiele 2024 in Paris können Veranstaltungen und Aktionstage in Zusammenarbeit  
645 mit Vereinen, Einrichtungen, Kitas und Schulen im ganzen Saarland den verschiedenen Sportarten neue Auf-  
646 merksamkeit schenken. So können saarländische Vereine neue Mitglieder werden und die Olympiade direkt  
647 neben unserer Haustür kann der Beginn einer neuen Sportkultur im Saarland werden.

### 648 **8) Saar and recreation – Kommunales**

#### 649 **Das Ehrenamt ist für unsere Demokratie unerlässlich!**

650 Viele Dienste innerhalb unserer Gesellschaft funktionieren nur, weil Menschen sich unentgeltlich für ihre Mit-  
651 bürger:innen einsetzen. Das wohl prominenteste Beispiel hierfür ist wohl die Feuerwehr: Ungefähr 94% der in  
652 der Feuerwehr tätigen Personen sind ehrenamtlich beschäftigt. Viele weitere Organisationen, insbesondere  
653 im Katastrophenschutz aber auch die vielen Sportvereine, leben vom ehrenamtlichen Engagement der Frei-  
654 willigen. Diese fühlen sich jedoch häufig vernachlässigt, denn die öffentliche Anerkennung geht seit einigen  
655 Jahren immer weiter zurück. Wir sehen daher das Land und die Kommunen in der Verantwortung, das Ehren-  
656 amt attraktiver zu machen.

657 Ein Ansatzpunkt ist deshalb, das jetzige Konzept der Ehrenamtskarte deutlich zu verbessern. Zurzeit sind die  
658 Hürden zur Beantragung der Karte noch viel zu hoch. Viele Freiwillige kommen nicht in jeder Woche auf 5  
659 Stunden freiwillige Tätigkeit. Ist ihr Engagement deshalb die Anerkennung nicht wert? Wir fordern eine neue  
660 Berechnung, die als Grundlage für den Erhalt der Karte dienen soll. Auch die Vorteile der Ehrenamtskarte  
661 müssen verbessert werden, viele aktuelle Vorteile sind für Freiwillige nicht attraktiv.

#### 662 **Es geht ums Geld! – Kommunale Finanzen**

663 Der Saarlandpakt gab unseren Städten und Gemeinden neue Luft zum Atmen. Dringend notwendige Investi-  
664 tionen wurden für viele saarländische Kommunen wieder ein Stück weit greifbarer. Mit den massiv steigen-  
665 den Energiekosten und dem parallel steigenden Zinsniveau droht nun wieder die Rolle rückwärts: Entgegen  
666 der Zielsetzung des Saarlandpaktes werden die finanziellen Belastungen in den nächsten Jahren für unsere  
667 Kommunen weiter ansteigen. Die Standards und die Qualität der saarländischen, kommunalen Infrastruktur  
668 werden so zwangsläufig im Vergleich zu anderen Bundesländern zurückgefahren. Aus Sicht der Saar Jusos wi-  
669 derspricht es dem Grundsatz der Chancengleichheit, wenn die Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge  
670 sich von Bundesland zu Bundesland qualitativ immer weiter auseinander bewegen. Es bedarf der Übernahme  
671 kommunaler Altschulden in strukturschwachen Regionen durch den Bund, so wie es im Koalitionsvertrag der  
672 Ampelregierung steht.

**673 9) How to work online (fast) – Digitalisierung**

674 Die Pandemie hat noch mehr Bereiche unseres Lebens in den digitalen Raum verlagert: Ehrenamt, parteipoli-  
675 tische Arbeit, aber auch Schule, Ausbildung, Studium und/oder Arbeit fanden online statt. Die Digitalisierung  
676 wurde vielerorts durch die Pandemie angetrieben. Wer aber keinen oder unzureichenden Zugang zum Inter-  
677 net hat, ist in seinen Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt. Deshalb muss der Glasfaserausbau nun schnell  
678 voranschreiten. Zudem sind kostenfreie Hotspots in Bus und Bahn, an Bushaltestellen und Bahnhöfen ein  
679 wichtiger Schritt, um alle (jungen) Menschen mitzunehmen.

680 Die Digitalisierung der Verwaltung ist uns ein weiteres wichtiges Anliegen. Die Bürger:innendienste in den Rat-  
681 häusern müssen endlich digitaler und somit einfacher zugänglich sein. Viele Tätigkeiten wären online schneller  
682 und unkomplizierter zu erledigen. Wir fordern deshalb, dass die Ämter und Behörden bürger:innenfreundli-  
683 cher werden und flexiblere Lösungen anstreben.

**684 10) „Europäisch für Anfänger“? – Wir sind weiter!**

685 Die EU ist ein einmaliges Friedensprojekt. Dieses zu wahren und zu schützen, sehen wir als unsere Aufgabe. In  
686 ihrer jetzigen Form kann die EU den Anforderungen nicht gerecht werden. Sie muss zu einer echten politischen  
687 Union, zu einem föderalen europäischen Bundesstaat reformiert werden. Das geht nur durch umfangreiche  
688 Vertragsänderungen. Wir werden die Landesregierung antreiben, europäisch zu agieren und die europäische  
689 Integration auf der Ebene des Saarlandes weiter voranzutreiben.

690 Die Parlamentswahlen 2022 waren ein Weckruf für die deutsch-französischen Beziehungen: Unsere Nach-  
691 bar:innen direkt an der Grenze haben die extreme Rechte zahlreich unterstützt. Das übergeordnete Ziel muss  
692 deshalb sein, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und die deutsch-französische Kooperation  
693 in allen Bereichen auszubauen. Durch Schüler:innenaustausche oder vielfältige berufliche und behördliche  
694 Kooperationen müssen wir die deutsch-französische Freundschaft wieder stärker in den Fokus unserer Arbeit  
695 nehmen.

696 Energie und Verkehr haben die Kraft, den europäischen Kontinent und die Großregion fester und stärker zu  
697 vereinen. Wir fordern einen Plan für die Großregion, der den grenzüberschreitenden Ausbau von erneuerba-  
698 rer Energie, die Energieversorgung und Energieverteilung gemeinschaftlich regelt. Dazu zählt auch die aktive  
699 Vorbereitung der grenzüberschreitenden Wasserstoffwirtschaft, Digitalwirtschaft und KI-Forschung.

700 Kapital und Waren können problemlos die Grenzen unserer Regionen überqueren. Anders sieht es bei Ar-  
701 beitnehmer:innen und Auszubildenden aus. Sie unterliegen oft unterschiedlichen nationalen Regelungen und  
702 Hindernissen. Für eine soziale Arbeitsmarktpolitik in der Großregion braucht es ein gemeinsames Statut für  
703 soziale und tarifliche Standards in der Großregion. Wir fordern ein "Fairer-Lohn-Gesetz der Großregion", um  
704 die Menschen und nicht die Unternehmen in unserer Großregion in den Mittelpunkt zu stellen.

705 Steuern und Steuerpolitik sind essenziell für die nationale Politik, aber auch der Faktor, der den europäischen  
706 Einigungsprozess mit am stärksten behindert. Die bilateralen Abkommen zwischen Deutschland-Frankreich  
707 und Deutschland-Luxembourg (Grenzgänger-Statut) werden den realen Anforderungen des Arbeitsmarkts  
708 der Großregion nicht gerecht. Wir wollen, dass das Saarland mit seinen Nachbarländern auf eine Änderung  
709 drängt. Wir brauchen ein Grenzgänger-Statut der Großregion, das sich nicht auf den aktuellen 30km Radius  
710 beschränkt, sondern die Großregion als Lebens- und Arbeitsraum in Gänze versteht.

711 Ein politisches Konstrukt wie die Großregion braucht auch eine gemeinsame und grenzüberschreitende Öff-  
712 fentlichkeit. Wenn die Schaffung von "Europäischen Vereinen" in der EU nicht vorankommt, wollen wir auf die  
713 Schaffung von "Vereinen der Großregion" (als Vorreiter) drängen. Um das zu erreichen, wollen wir, dass der  
714 neue Deutsch-Französische Bürgerfonds zu einem Bürgerfonds der Großregion weiterentwickelt wird, damit  
715 grenzüberschreitende Kooperationen, Vereine, Kultur, Theater und Sport niedrigschwellig und unbürokratisch  
716 unterstützt werden können; in der gesamten Großregion.

717 Grenzen können nicht nur rechtliche, bürokratische oder administrative Grenzen sein. Auch Sprache kann ein  
718 Hindernis für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und für die europäische Einigung sein. Wir wollen, dass  
719 die Mehrsprachigkeit innerhalb der Großregion weiter ausgebaut wird und die Frankreichstrategie zu einer  
720 Strategie der Großregion ausgeweitet wird.

721 Bildung ist die Grundlage für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das gilt insbesondere für den grenz-  
722 überschreitenden Zusammenhalt in der Großregion. Es ist dabei besonders wichtig, sich auf die Gemeinsam-

723 keiten zu beziehen und diese frühzeitig zu lernen. Wir fordern daher die Erarbeitung von gemeinsamen Punk-  
724 ten im Curriculum.

725 Die Universität der Großregion muss weiter gestärkt und unterstützt werden, sodass sie sich organisch zu  
726 einer echten und eigenständigen Universität weiterentwickeln kann. Dazu müssen die Bachelor- und Master-  
727 abschlüsse und Zeugnisse, die an den jeweiligen Partneruniversitäten im Verbund der Großregion erworben  
728 werden, auch als solche gekennzeichnet werden. Ein Studium an der Universität der Großregion muss auch  
729 als solches gekennzeichnet werden. Darüber hinaus fordern wir außerdem die Harmonisierung der Semes-  
730 terzeiten innerhalb der Großregion. Administrative und bürokratische Hürden dürfen nicht zu Hindernissen  
731 der Studierenden in der Großregion werden. Universität und studieren – grenzenlos!

732 Als europäischste Jusos im Bundesgebiet müssen wir unsere europäischen Werte stärker auf der Juso-  
733 Bundesebene einbringen. Wir wollen uns gleichzeitig mit unseren Schwesterorganisationen in der Grenzre-  
734 gion austauschen und vernetzen, um gemeinsam progressive Politik über nationalstaatliche Grenzen hinweg  
735 zu forcieren und mitzugestalten.

#### 736 **11) Nach der Wahl ist vor der Wahl! – Europa- und Kommunalwahl 2024**

737 Sowohl die Bundestagswahl 2021 als auch die Landtagswahl 2022 haben gezeigt: Die SPD gewinnt, wenn sie  
738 inhaltlich und personell auf Jusos setzt. Dieses Erfolgsrezept wollen wir auch für die Europa- und die Kom-  
739 munalwahl 2024 übernehmen und inhaltlich, sowie personell, die tonangebende Kraft in der SPD sein. Unsere  
740 Arbeit muss sich in den nächsten Monaten verstärkt darauf fokussieren, viele junge Menschen für kommunale  
741 Mandate zu begeistern. Neben vielen Jusos im Bundes- und im Landtag brauchen wir auch vor Ort Jusos, die  
742 eine starke Stimme für die junge Generation sind.

743

# #-2

**Titel** Update für unsere Organisation!

**AntragstellerInnen** Juso Landesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

---

## Update für unsere Organisation!

1 Hinter unserem Verband liegt ein unglaublich starker Landtagswahlkampf, der sich gelohnt hat: Die SPD regiert  
2 allein, Anke Rehlinger ist Ministerpräsidentin und der Saarländische Landtag ist dank vieler Jusos so jung wie  
3 noch nie. Ohne starke Jusos im ganzen Saarland wäre dieses überwältigende Ergebnis wohl niemals möglich  
4 gewesen. Wir haben in den letzten Monaten immer wieder gezeigt, was in uns steckt. Jetzt beginnt eine neue  
5 Zeit. Wir müssen unsere Rolle als linker Motor der SPD neu definieren.

6 In den nächsten zwei Jahren werden wir der Garant dafür sein, dass die Interessen junger Menschen bei poli-  
7 tischen Entscheidungen mitgedacht werden. Deshalb müssen wir unsere Kompetenzen, unsere Erfahrungen  
8 und unsere Perspektiven bündeln. Nur gemeinsam können wir aktiv auf die Politik der SPD einwirken. Nur  
9 gemeinsam werden wir die treibende Kraft für Veränderung in diesem Land sein. Genau das ist unser Ziel und  
10 unser Anspruch!

### 11 **Für die Arbeit innerhalb unseres Verbandes planen wir Folgendes:**

12 Meist muss das Rad nicht neu erfunden werden, aber viel zu oft geraten tolle Ideen in Vergessenheit. Deshalb  
13 werden wir einen Aktionskatalog erarbeiten, der eine Übersicht über Aktionen und Veranstaltungen gibt, die  
14 Juso-Gliederungen in den letzten Monaten und Jahren erfolgreich durchgeführt haben. In Zusammenarbeit  
15 mit den Kreisvorsitzenden sollen detaillierte Ausarbeitungen der Aktionen erstellt werden, die dann vom Lan-  
16 desverband der Jusos Saar zusammengefasst und im Anschluss veröffentlicht werden. Durch mehr Vernetzung  
17 untereinander können wir voneinander lernen und einander helfen.

18 Unser Anspruch ist, neue Mitglieder direkt in unseren Verband zu integrieren. Deshalb wollen wir feste Neumit-  
19 gliedertreffen etablieren, um neue Jusos direkt anzusprechen und sie über unsere Themen und Strukturen zu  
20 informieren. Der persönliche Austausch mit neuen Mitgliedern bietet uns selbst neue Perspektiven sowie die  
21 Möglichkeit, junge Parteimitglieder mit ihren Interessen und Kompetenzen von Beginn an zu fördern.

22 Die monatlich stattfindenden Landesvorstandssitzungen sollen nach Absprache mit dem Landesvorstand und  
23 den Kreisvorsitzenden rotierend im ganzen Saarland stattfinden. Haupttreffpunkt kann weiterhin die Landes-  
24 geschäftsstelle in Saarbrücken bleiben. Für eine bessere Teilhabe und einfachere Erreichbarkeit der Sitzungen  
25 erachten wir jedoch zusätzlich ein Rotationssystem als sinnvolle Maßnahme.

26 In den nächsten zwei Jahren wollen wir zudem die Debattenkultur innerhalb unseres Verbandes stärken. Des-  
27 halb wollen wir inhaltliche Diskussionen zu unseren Grundsätzen sowie zu aktuellen Themen mehr Aufmerk-  
28 samkeit schenken. Wir möchten Diskussionsformate etablieren, die der Landesvorstand in Kooperation mit  
29 den Kreisen entwickelt. So können wir den innerparteilichen Diskurs nachhaltig stärken.

30 In den Sommermonaten wollen wir ein Sommercamp veranstalten, an dem alle Jusos aus dem Saarland teil-  
31 nehmen können. Hier soll einerseits die Vernetzung untereinander, aber auch die inhaltliche Arbeit im Mittel-  
32 punkt stehen.

33 Mit Blick auf die Kommunalwahl 2024 wollen wir der kommunalen Vernetzung eine große Bedeutung zukom-  
34 men lassen. Daher wollen wir den Austausch bereits aktiver kommunaler Juso-Mandatsträger:innen fördern.  
35 Von den Erfahrungen in Orts-, Gemeinde- und Stadträten können aber auch all die profitieren, die sich für eine  
36 Kandidatur bei der Kommunalwahl interessieren. Deshalb werden wir ein Konzept etablieren, das Jusos aus  
37 dem ganzen Saarland zusammen bringt.

38 Außerdem werden wir zentrale, landesweite Antragswerkstätten durchführen. Sie sollen die Grundlagen zum  
39 Schreiben von Anträgen vermitteln. Gleichzeitig sollen die erarbeiteten Themen auch als Inhalte für unsere  
40 Landeskonferenz dienen.

41 Das gemeinsame Bildungsprogramm der Jusos RLP und Jusos Saar werden wir auch in den zwei Jahren fort-  
42 führen. Denn es ist wichtiger Bestandteil unserer Bildungsarbeit. Neben verschiedensten Workshops und Ver-  
43 anstaltungen wollen wir eine Bildungsreise organisieren. Die Israel-Reise im Rahmen des Bildungsprogramms  
44 wollen wir verstetigen.

45 Darüber hinaus wollen wir als Jusos Saar Kurse im antirassistischen Denken bei BIPOCS als Jusos Saar wahr-  
46 nehmen, Bildungsfahrten zu Gedenkstätten anbieten und dem Thema Feminismus mehr Platz im Verband  
47 geben. Wir werden die Vernetzung von FINTA\* untereinander fördern und durch regelmäßige Treffen den  
48 Austausch von Erfahrungen ins Zentrum unserer Empowerment-Arbeit stellen.

49 Auch in den nächsten zwei Jahren wird unser Fokus auf die Gewinnung neuer Mitglieder gerichtet sein. Die  
50 Neumitgliederkampagne des vorherigen Landesvorstands werden wir nutzen und auf dieser aufbauen. Zu-  
51 sätzlich nehmen wir insbesondere marginalisierte Gruppen in den Blick, die bisher in unseren Strukturen noch  
52 unzureichend repräsentiert sind. Gerade hier müssen wir den Austausch mit den Kreisen suchen, um vor Ort  
53 gezielt Personen anzusprechen, die sich gerne bei den Jusos einbringen wollen.

54 Bei allen Fahrten zu Veranstaltungen – sowohl im Saarland als auch im gesamten Bundesgebiet – ist die Fahrt  
55 mit dem ÖPNV oder dem Zug unsere präferierte Option. Weite Autofahrten zu Bundes-Veranstaltungen der  
56 Jusos sollen die Ausnahme sein. Denn wir wollen die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit in unserem  
57 Verband verstärkt in den Blick nehmen. Darüber hinaus wollen wir Plastik und Müll immer da vermeiden, wo  
58 es möglich ist.

59 **Nicht nur für die interne Arbeit unseres Verbandes, auch für das Wirken der Jusos Saar nach außen**  
60 **haben wir neue Ideen:**

61 So wollen wir, auch außerhalb von Wahlkämpfen, weiterhin landesweite Aktionstage durchführen. Unser Fo-  
62 kus liegt hierbei insbesondere auf sozialen Aktionen. Die Tafel-Aktion ist nach wie vor in allen Kreisen eine  
63 bewährte Möglichkeit, mit wenig Aufwand einen echten Mehrwert zu erreichen. Auch das Kochen für „Ingos  
64 Kleine Kältehilfe“ in Saarbrücken war in den letzten Jahren immer ein voller Erfolg. In Zusammenarbeit mit den  
65 Kreisvorsitzenden wollen wir unser soziales Engagement durch weitere Aktionen ergänzen.

66 Aktionen wie beispielsweise das Beachtennis-Turnier in Saarlouis im August 2022 bieten die optimale Mög-  
67 lichkeit, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die keine Mitglieder der Jusos sind. Unsere Veranstaltungen  
68 sollen offen für alle sein und junge Menschen immer mit einbeziehen. Denn gerade auf dem Land existieren  
69 häufig sehr wenig Angebote für junge Menschen. Durch die Durchführung von Turnieren oder Festen zeigen  
70 wir Präsenz und können so Begeisterung für die Jusos wecken.

71 Nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb unseres Verbandes wollen wir mehr diskutieren. Diskussionsver-  
72 anstaltungen, die zum Mitmachen einladen, können eine gute Möglichkeit sein, um mit Vereinen, Verbänden  
73 oder Jugendzentren ins Gespräch zu kommen.

74 **Darüber hinaus führen wir selbstverständlich die interne und externe Zusammenarbeit fort und wol-**  
75 **len diese teils noch intensivieren:**

76 So stellen der Austausch und die Kooperation mit der Juso-Schüler:innengruppe und mit der Juso-  
77 Hochschulgruppe einen elementaren Teil der Arbeit des Landesvorstandes dar. Wir sind auf die Expertise  
78 aus beiden Bereichen angewiesen und freuen uns auf die enge Zusammenarbeit.

79 Nach außen wollen wir die Vernetzung mit Jugendorganisationen unserer sozialdemokratischen Schwester-  
80 parteien in Luxemburg und Frankreich etablieren. Gegenseitige Besuche und der damit verbundene Aus-  
81 tausch können für beide Seiten einen echten Mehrwert bedeuten.

82 Wie bisher legen wir großen Wert auf die Zusammenarbeit und den Austausch mit vielen saarländischen Or-  
83 ganisationen wie dem Landesjugendring, dem NDC, der JEF, Fridays For Future, den Gewerkschaftsjugenden  
84 und den linken Jugendorganisationen.

85 **Ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit wird auch in den nächsten Jahren die Öffentlichkeitsarbeit**  
86 **sein:**

- 87 Mit Pressemitteilungen werden wir uns zu tagespolitischen Themen positionieren. Themen, Termine und Wei-  
88 teres werden wir sowohl auf Facebook als auch auf Instagram regelmäßig veröffentlichen.
- 89 Um intern in den Verband hineinzuwirken, ist das Bespielen des Newsletters weiterhin enorm wichtig. Auch  
90 die Webseite der Jusos Saar bleibt ein wichtiges Mittel der Information, das weiter aktualisiert wird.
- 91 Die Professionalisierung des Social-Media-Auftritts ist nicht zuletzt durch das neue Corporate Design absolut  
92 gelungen. Dieses wollen wir weiterhin nutzen. Neue Videoformate sowie die Fortführung des Podcasts „Rot-  
93 kehlchen“ sind weitere Medien, um viele junge Menschen zu erreichen und für unsere Politik langfristig zu  
94 begeistern.

# A Arbeit und Soziales

## A Arbeit und Soziales

---

A-2	Juso Kreisverband Saarlouis	Perspektiven für Arbeitnehmer*innen bei Ford schaffen	22
-----	--------------------------------	---	----

---

# A-2

<b>Titel</b>	Perspektiven für Arbeitnehmer*innen bei Ford schaffen
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Kreisverband Saarlouis
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Perspektiven für Arbeitnehmer\*innen bei Ford schaffen

- 1 Die Jusos stehen an der Seite der Beschäftigten von FORD in Saarlouis und des Supplier Parks. Die Entschei-  
2 dung des Managements von FORD gegen den Standort Saarlouis lässt die Beschäftigten in persönlicher und  
3 finanzieller Unsicherheit zurück. Gerade für junge Menschen, die gerade erst ein Haus gekauft, eine Fami-  
4 lie gegründet oder auf eine andere Art ihre Existenz am Aufbauen sind, ist diese Nachricht ein schwerer  
5 Schlag.
- 6 Die Beschäftigten, Beschäftigtenvertretungen und weitere Akteure haben in den letzten 12 Jahren alles für  
7 den Erhalt des Standort Saarlouis gegeben. Umso wichtiger ist es nun genau diesen eine Perspektive über  
8 2025 hinaus zu geben. Das unmenschliche Bieterverfahren hat uns im besonderen Maße die Perversität des  
9 Kapitalismus vor Augen geführt. Über Monate hinweg hat das FORD Management zwei Standorte gegenein-  
10 ander ausgespielt und somit das Vertrauen in das Unternehmen nachhaltig geschädigt. Hier stellt sich die  
11 Frage wie eine zukünftige Wirtschaft aussehen soll! Diese Vorgehensweise ist eine Schande und darf keines-  
12 falls zur Norm werden. FORD ist nun in der Verpflichtung ihrer Verantwortung für die Beschäftigten gerecht  
13 zu werden.
- 14 Der Standort Saarlouis ist und bleibt ein Standort mit engagierten und exzellent ausgebildeten Beschäftig-  
15 ten in vielen Bereichen. Dies gilt für die Beschäftigten bei FORD und den Zulieferern. Es braucht jetzt einen  
16 Rahmenplan für die Sicherung der Arbeitsplätze – mit oder ohne FORD.
- 17 Zudem muss die Politik in enger Absprache mit den Gewerkschaften alles Nötige tun, um den Menschen, die  
18 jetzt um ihre Zukunft bangen zeitnah eine Perspektive zu geben. In den Strukturwandel muss jetzt – mehr  
19 denn je – investiert werden. Neue Arbeitsplätze müssen geschaffen, bestehende gesichert werden.
- 20 Deswegen fordert der Juso Kreisverband Saarlouis das FORD-Management auf, zeitnah einen Rahmenplan  
21 unter Beteiligung der Beschäftigtenvertretung für die kommenden Jahre zu konzipieren und zu verkünden.  
22 Ferner soll rasch und in enger Absprache mit dem Betriebsrat von FORD, der Jugendvertretungen sowie der  
23 IG Metall Jugend ein Plan erarbeitet werden, um den exzellent ausgebildeten jungen Menschen echte und an-  
24 gemessene Perspektiven, v.a. durch flankierende Weiterbildungs-, und Qualifizierungsmaßnahmen zu geben,  
25 um den Arbeitnehmer\*innen auch den Übergang in neue Beschäftigung zu ermöglichen.

# B Bildung

## B Bildung

B-1	Juso Kreisverband Neunkirchen	Partizipation weiterdenken	24
B-2	Juso Kreisverband Neunkirchen	LL.B bei Rechtswissenschaften einführen	25
B-3	Juso Unterbezirk Saarpfalz	G9 und die Neuorientierung schulischer Inhalte – Mehr Zeit für Politikunterricht, Nachhaltigkeit und Digitales	26
B-4	Saarbrücken- Stadt	Das Saarland braucht Studierende! Und die müssen wohnen!	30
B-6	JSAG	Menstruation ist kein Luxus -kostenlose Menstruationsprodukte in weiterführenden Schulen	31
B-7	AK Gesellschaft	Religions- und Ethikunterricht modernisieren – Gemeinschaftlichen Unterricht schaffen!	33

# B-1

<b>Titel</b>	Partizipation weiterdenken
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Kreisverband Neunkirchen
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Partizipation weiterdenken

- 1 Die Landeskonferenz der Jusos Saar beschließt:
- 2 An Schulen mangelt es an wirksamer politischer Bildung, was aus zahlreichen Umfragen hervorgeht. Kommu-  
3 nalpolitik spielt so gut wie keine Rolle im Denken und Handeln Jugendlicher, obwohl sie sie direkt betrifft. Es  
4 fehlt an geeigneten Gelegenheiten, bei Jugendlichen Interesse an politischer Beteiligung zu wecken. Jugend-  
5 räte und ein Wahlrecht ab 16 können nur dann funktionieren, wenn junge Menschen politisch interessiert  
6 sind.
- 7 Daher müssen politische Amtsträger:innen, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, mehr Zeit aufbringen,  
8 Schülerinnen und Schüler als Gesprächspartner\*innen zur Verfügung zu stehen. Die Gespräche sollten von  
9 Lehrkräften wie einzelnen Schüler\*innen unter Hinzuziehen der Schülerversammlung vorbereitet werden. Politi-  
10 sche Bildung muss stärker in den Schulunterricht und den Lehrplan eingebunden werden. In diesem Rahmen  
11 können Gespräche mit Vertreter\*innen der Kommunalpolitik stattfinden.
- 12 Bürgerbeteiligung muss zuvor erfahren und gelebt werden, wenn sie gelingen soll.

# B-2

<b>Titel</b>	LL.B bei Rechtswissenschaften einführen
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Kreisverband Neunkirchen
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## LL.B bei Rechtswissenschaften einführen

- 1 Die Jusos Saar fordern, dass Studierende des Studiengangs Rechtswissenschaften nach erfolgreichem Ab-
- 2 schluss des dritten Studienjahres und erfolgreichem Abschluss der Übungen, sowie einer Bachelorprüfung,
- 3 der Titel „Bachelor of Laws“ (LL.B) verliehen wird.
  
- 4 Das Jura-Studium ist eines der längsten Studienfächer. Die Regelstudienzeit in Saarbrücken beträgt 10 Se-
- 5 mester. Häufig schließen Studierende das Studium aber nach einer höheren Anzahl an Semestern ab. Das
- 6 Saarbrücker Studienmodell unterscheidet sich von anderen Universitäten, da zum Abschluss jedes Semesters
- 7 in allen Vorlesungen Semesterabschlussklausuren geschrieben werden. Pro Studienjahr (je ein Winter- und
- 8 Sommersemester) können bis zu 72 Leistungspunkte erworben werden. Zusätzlich dazu nimmt man an den
- 9 Übungen in Strafrecht, Bürgerlichem Recht und öffentlichem Recht teil. Die Übungen bestehen jeweils aus ei-
- 10 ner Klausur und einer Hausarbeit. Durch dieses Prüfungssystem wird sichergestellt, dass man in jedem für die
- 11 staatliche Pflichtfachprüfung relevanten Rechtsgebiet eine Prüfungsleistung abgelegt hat. In einem Bachelor-
- 12 Studiengang muss man üblicherweise 180 ECTS sammeln, um den Abschluss zu erwerben. Bezogen auf Das
- 13 Jura-Studium in Saarbrücken legt man also noch vor der Pflichtfachprüfung ausreichend Studienleistungen ab,
- 14 um die Voraussetzungen für einen Bachelor zu erfüllen. Die Verleihung dieses Abschlusses würde für viele Stu-
- 15 dierende Sicherheit bringen. Denn bei Nichtbestehen des Staatsexamen stehen die Studierenden nach einem
- 16 langen Studium ohne einen Abschluss da. Mit einem LL.B könnte man in diesem Fall direkt ein Masterstudium
- 17 anhängen. Die lange Studienzeit vor dem Examen wäre dann nicht verloren.

# B-3

<b>Titel</b>	G9 und die Neuorientierung schulischer Inhalte – Mehr Zeit für Politikunterricht, Nachhaltigkeit und Digitales
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Unterbezirk Saarpfalz
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## G9 und die Neuorientierung schulischer Inhalte – Mehr Zeit für Politikunterricht, Nachhaltigkeit und Digitales

- 1 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD
- 2 Eines der ersten Gesetze der SPD-Landesregierung war die Wiedereinführung von G9. Das Bildungspolitik weit  
3 oben auf der Agenda steht, ist ein erstes gutes Zeichen für die laufende Legislatur. Als Jusos möchten wir die  
4 Bildungspolitik und insbesondere die Einführung von G9 inhaltlich begleiten.
- 5 G8 wurde ursprünglich auf Druck von Wirtschaftsverbänden eingeführt, um früher am Markt neue Arbeits-  
6 kräfte zur Verfügung zu haben, sowie Kosten im Schulsystem zu verringern und das Sozialversicherungssystem  
7 hinsichtlich der Altersstruktur zu entlasten. Man versprach sich auch eine Effizienzsteigerung, indem Lehrpläne  
8 entschlackt werden. Diesen Argumenten folgte die CDU-Alleinregierung im Jahr 2007 und führte im Saarland  
9 G8 ein. Nachdem zuletzt auch die CDU Saar ihren Fehler eingesehen hatte, ändert die SPD dies nun. Schü-  
10 ler\*innen soll wieder mehr Zeit für ihre Entwicklung eingeräumt werden.
- 11 Diese Zeit ist aus wissenschaftlicher Perspektive wohl auch nötig. So ergeben Untersuchungen, dass zwar  
12 zwischen G8 und G9 kein großer Unterschied zwischen dem Leistungsniveau, dem Gefühl der Belastung oder  
13 der Studierfähigkeit bei den Schüler\*innen gibt, jedoch wird bei G8 häufiger Nachhilfe in Anspruch genommen  
14 oder die Eltern helfen verstärkt ihren Kindern. Die fehlende Zeit von G8 wird also zum Teil in der Freizeit  
15 kompensiert.
- 16 Dies führt zu verstärkten sozialen Ungleichheiten, da sich zum einen Kinder aus Arbeiter\*innenfamilien im  
17 Vergleich zu Kindern aus Akademiker\*innenfamilien sich Nachhilfe oft nicht leisten können und ihre Eltern  
18 auch nur begrenzt helfen können. Die Herkunft bestimmt den Bildungserfolg, wie man es auch bei Abbildung  
19 1 sehen kann. Gerade in Deutschland ist die soziale Selektivität im internationalen Vergleich mit am Höchs-  
20 ten. Dem kann G9 zum Teil entgegenwirken, jedoch bleibt weiterhin die Qualität von Schule und Unterricht  
21 entscheidend, also die richtigen Rahmenbedingungen und entsprechende Ressourcen.
- 22 Betrachtet man die gesellschaftliche Diskussion, so ist mehr Zeit im Schulsystem wohl auch nötig. Immer wie-  
23 der werden Forderungen erhoben, dass gewisse Lerninhalte jungen Menschen an der Schule beigebracht wer-  
24 den. Was muss ich für die Altersvorsorge tun? Wie bezahlt man Steuern? Was muss man rechtlich beim Mie-  
25 ten einer Wohnung beachten? Alle Wünsche können Schulen sicherlich nicht erfüllen, jedoch sollten gewisse  
26 Themen verstärkt behandelt werden. Bei der teilweisen Überarbeitung der Lehrpläne, aufgrund der Einfüh-  
27 rung von G9, sollten die Chance genutzt werden und Lerninhalte neu gewichtet werden. Betrachtet man die  
28 gesellschaftliche Entwicklung, so stechen gewisse Themen in ihrer Relevanz hervor: politische, digitale und  
29 nachhaltige Bildung.
- 30
- 31
- 32 **1. Politische Bildung**
- 33 In den vergangenen Jahren wird immer wieder eine „Demokratieverdrossenheit“ festgestellt. Die Wahlbetei-  
34 ligungen sinken, die AfD als rechtsextreme Partei ist wiederholt in den Bundestag eingezogen und auch die

35 gesellschaftlichen Debatten scheinen rauer geworden zu sein.

36 Im Saarland gibt es im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich die Fächer Erdkunde, Geschichte und Sozial-  
37 kunde. Letzteres ist der klassische Politikunterricht. In der Sekundarstufe I sind für das Fach Sozialkunde in  
38 der Gemeinschaftsschule eine Wochenstunde in der neunten und zehnten Klassenstufe vorgesehen. Sollte  
39 das Abitur auf der Gemeinschaftsschule absolviert werden, so ist in der Einführungsphase (Klassenstufe 11)  
40 zwei Stunden Politik vorgesehen. Auf dem Gymnasium sind für Sozialkunde in der neunten und zehnten Klas-  
41 se jeweils zwei Stunden vorgesehen. Je nach Abgangsjahr kann es bei der Gemeinschaftsschule also sein, dass  
42 ein\*e Schüler\*in in nur einer Wochenstunde in einer Klassenstufe etwas zu Politik erfahren hat.

43 In der Hauptphase der Sekundarstufe II des Abiturs (Gemeinschaftsschule: Klassenstufe 12 & 13; Gymnasium:  
44 11 & 12) kann Sozialkunde abgewählt werden oder als Grundkurs dreistündig oder als Leistungskurs fünfstün-  
45 dig belegt werden. Geschichte hat hier einen Sonderstatus und muss mindestens im ersten Jahr der Haupt-  
46 phase belegt werden. Selbst beim Abitur kann es also sein, dass man über drei Jahre nur jeweils zwei Stunden  
47 Sozialkunde hatte. In Anbetracht dessen, wie kompliziert Politik ist, scheint dies zu wenig.

48 Allein das Wahlsystem scheint für viele Menschen heute nicht verständlich. Es beginnt bei der Bundestagswahl,  
49 wo es schon schwer wird genau zu erklären, was die Erst- und Zweitstimme bewirkt und endet bei den Europa-  
50 und Kommunalwahlen. Letztere beiden haben besonders niedrige Wahlbeteiligungen. Dies könnte damit zu-  
51 sammenhängen, dass Menschen nicht wissen, wie z. B. Wahlen von Parteien in Europa funktionieren oder die  
52 Funktion und Rolle der diversen Organe (Rat, europäischer Rat, Kommission, Parlament etc.) unbekannt ist.  
53 Dies ist wohl ähnlich der Fall bei Kommunalwahlen. Letztlich ist dies nur ein Teil des politischen Systems und  
54 sicherlich nicht das einzige relevante Thema, um sich in der heutigen modernen Demokratie zurechtzufinden.  
55 Zwar sind viele Themen schon im Lehrplan enthalten, jedoch ist es nicht ausreichend nur wenige Lehrstunden  
56 zu solchen grundlegenden Themen erhalten zu haben.

57 Nötig ist nicht nur das Wissen, um sich in der Demokratie orientieren zu können, sondern auch die Vermittlung  
58 von Werten. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind das Fundament unserer Verfassung, aber eben auch die  
59 Grenzen dieser gehören dazu. Das Konzept der wehrhaften Demokratie bedeutet, dass beispielsweise trotz  
60 Meinungsfreiheit das Leugnen des Holocaust verboten ist. Das Wissen und die Werte sind Grundlage der De-  
61 mokratie und helfen bei der Orientierung in einer ständig wandelnden Welt.

62 All diese Gründe sprechen gerade aus Perspektive der Sozialdemokratie für eine Ausweitung der Sozialkunde-  
63 unterrichts. Im Zweifel müssen andere Fächer jahrgansweise weniger unterrichtet werden. Ohne ausreichend  
64 Sozialkundeunterricht fehlt die Basis und Maßnahmen gegen die Erosion unserer Demokratie.

65 Politische Bildung sollte früher in der Schule beginnen und auch länger in dieser verankert sein. Gerade im Sin-  
66 ne der Demokratiebildung könnte in der siebten und achten Klassenstufe mit Sozialkunde begonnen werden  
67 und beispielsweise die Möglichkeiten des Schulmitbestimmungsgesetzes aufgezeigt werden, sodass schon  
68 früh demokratische Mitbestimmung konkret aus- und eingeübt werden kann. Näheres kann man auch im  
69 Antrag B2 des Beschlussbuches der Landeskonferenz der Jusos Saar 2019 nachlesen.

70 Gerade Sozialkundeunterricht kann Politik konkret erfahrbar machen. In Wahljahren sollen bspw. Junior\*in-  
71 nenwahlen

72 an Schulen abgehalten werden oder Politiker\*innen zu Podiumsdiskussion eingeladen. Daher

73 müssen politische Amtsträger\*innen, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, mehr Zeit

74 aufbringen, Schüler und Schüler\*innen als Gesprächspartner\*innen zur Verfügung zu stehen.

75 Die Gespräche sollten von Lehrkräften wie einzelnen Schüler\*innen unter hinzuziehen der

76 Schüler\*innenvertretung vorbereitet. Für diese Projekte benötigt es mehr Zeit. Zudem werden in einem guten  
77 Sozialkundeunterricht aktuelle politische Themen besprochen und eingeordnet.

78 Derzeit kann Sozialkunde auch von Lehrkräften unterrichtet werden, die ein gesellschaftswissenschaftliches  
79 Fach wie Erdkunde oder Geschichte studiert haben. Qualitativ ist dies nicht sinnvoll, schließlich haben die Fä-  
80 cher unterschiedliche Inhalte. Entsprechend sollten Sozialkundelehrkräfte auch Politikwissenschaften studiert  
81 haben.

82

## 83 **Digitale Bildung**

Zur digitalen Bildung haben wir Jusos Saar bereits im Jahr 2019 bei der Landeskonferenz 2019 den grundlegenden Beschluss B1 zur digitalen Bildung gefasst. Grundlegend vermittelt digitale Bildung Schlüsselkompetenzen, um in der Gesellschaft und der Wirtschaft von morgen Fuß fassen zu können. Der Umgang mit Programmiersprachen wird ebenso elementar sein, wie die derzeitigen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Um also gegenüber den disruptiven Vorgängen, welche die Digitalisierung hervorbringen wird, gewappnet zu sein, ist es im staatlichen Interesse zukünftige Generationen möglichst effektiv auf kommende Herausforderungen vorzubereiten.

Das Bildungssystem bereitet junge Menschen auf die Herausforderungen der Industrie 4. 0 vor, sichert die Erziehung zum mündigen Bürger und ermöglicht die eigene Handlungskompetenz in einer digitalisierten Welt. Entsprechend stellt sich die Frage, wie in Deutschland die Digitalisierung des Bildungssystems gewährleistet werden kann.

Hierbei ist es wichtig das Ziel der Digitalen Souveränität zu erreichen. Dies bedeutet, dass ein jeder Mensch die Möglichkeit hat, digitale Medien selbstbestimmt und unter eigener Kontrolle nutzen zu können und sich an die ständig wechselnden Anforderungen in einer digitalisierten Welt anpassen kann. Dies beinhaltet ebenfalls die Chancen und Risiken, welche die Digitalisierung mit sich bringt, erkennen zu können und einen selbstbestimmten Umgang damit zu finden.

Insofern ist es wichtig, dass digitale Bildung zum einen als Querschnittsthema verankert wird, aber auch, dass das Fach Informatik verstärkt wird.

## **Nachhaltige Bildung**

Ein weiteres Zukunftsthema ist nachhaltige Bildung, gerade wenn man sich die Klimakrise anschaut. Hier gibt es ebenfalls einen grundlegenden Beschluss mit dem Antrag (Hier entsprechende Bezeichnung einfügen), der bei der Landeskonferenz 2018 gefasst wurde.

In den vergangenen Jahren wurden erste Bestrebungen in Deutschland unternommen, um Nachhaltigkeit in der Bildungslandschaft zu verankern. Der Begriff Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist hierzu das passende Schlagwort. Unter BNE versteht man einen Bildungsansatz, welcher die Menschen zu einem zukunftsfähigen Denken und Handeln befähigen soll. Die Themenbereiche erstrecken sich von Naturschutz über Wirtschaft bis hin zur Geschlechtergerechtigkeit und werden immer in einem globalen Kontext gedacht, sowie aus einer ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension betrachtet.

Konkret sollen die UN-SDGs praktisch in der Bildung verankert werden. Dabei sollen diese nicht nur im Unterricht behandelt werden, sondern auch im Schulalltag eine grundlegende Rolle spielen. Dieser sogenannte Whole School Approach möchte damit die Schulen langfristig strukturell ändern. Trotzdem soll die Bildung für nachhaltige Entwicklung auch im Unterricht als Querschnittsthema eingearbeitet werden. Hierzu sollte nicht nur die zusätzliche Zeit von G9 genutzt werden, sondern generell stärker in der Schule verankert werden. Es bietet sich hier auch das projektbezogene Arbeiten an, wie beispielsweise die Herrichtung von Bienenwiesen oder essbaren Gärten.

## **Forderungen**

Die Jusos Saar fordern:

1. Sozialkunde soll als Unterrichtsfach schon ab der siebten und achten Klassenstufe eingeführt werden. Hier soll ein besonderer Fokus auf Demokratiebildung und die Schulmitbestimmung gelegt werden.
2. Sozialkunde soll in der Sekundarstufe ähnlich wie das Fach Geschichte nicht abgewählt werden dürfen und sollte mindestens dreistündig in der elften Klasse unterrichtet werden.
3. Sozialkunde soll nur noch durch Lehrkräfte unterrichtet werden, die entsprechend Politikwissenschaften studiert haben. Ein Erdkunde- oder Geschichtsstudium ist nicht ausreichend. Bei Personalmangel kann fachfremd unterrichtet werden.

4. Forderung zu Informatik entsprechend des Beschlusses einfügen
5. Digitale und nachhaltige Bildung sollen verstärkt als Querschnittsthema in die Unterrichtsfächer aufgenommen werden.
6. Die Wochenstundenzahl von Schüler\*innen soll nicht erhöht werden, sondern andere Fächer sollen in jeweils einer Klassenstufe auf Stunden verzichten.
7. Die Lehrplananpassungen sollen mit Gewerkschaften, Lehrkräften, Eltern und Schüler\*innen abgestimmt werden.

Die Ressourcen von Schulen sollen weiter verstärkt werden, um der sozialen Selektivität entgegenzuwirken.

# B-4

<b>Titel</b>	Das Saarland braucht Studierende! Und die müssen wohnen!
<b>AntragstellerInnen</b>	Saarbrücken-Stadt
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Das Saarland braucht Studierende! Und die müssen wohnen!

- 1 Studierendenwohnheime sind der ideale Ort für Erstsemester neue Leute kennenzulernen und Freundschaften zu knüpfen. Leider gibt es im Saarland viel zu wenig erschwinglichen Wohnraum (weniger als 6% Wohnheimquote, Quelle: DSW) und seit der Umwandlung des Studentenwerks e.V. in das Studierendenwerk AöR haben ca. 7000 Studierende mehr Anspruch auf einen Wohnheimplatz. Wir fordern daher die Schaffung von sozialverträglichem, nachhaltigem und in öffentlicher Trägerschaft organisiertem Wohnraum. Wir fordern Wohnheime in der Nähe aller Hochschulstandorte im Saarland, also vor allem in Alt-Saarbrücken, in St. Johann und im Saarbrücker Westen. Die Zimmerpreise sollen sich an der BAFöG-Wohnpauschale orientieren.

# B-6

<b>Titel</b>	Menstruation ist kein Luxus -kostenlose Menstruationsprodukte in weiterführenden Schulen
<b>AntragstellerInnen</b>	JSAG
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Menstruation ist kein Luxus -kostenlose Menstruationsprodukte in weiterführenden Schulen

- 1 Aktuelle Regelung
- 2 Zur Zeit gibt es leider keine Regelung die besagt, dass Menstruationsprodukte in Schulen zur
- 3 Verfügung gestellt werden müssen. Teilweise halten Schulen diese im Sekretariat für „Notfälle“
- 4 bereit. An einigen Schulen wird das Thema von Schüler\*innenvertretungen angegangen, doch es
- 5 scheitert an der Finanzierung oder die SVen müssen diese selbst stemmen und das Geld fehlt dann
- 6 an anderer Stelle.
- 7 Forderung
- 8 Die Jusos Saar fordern, dass in allen weiterführenden Schulen Menstruationsprodukte, darunter
- 9 verstehen wir Binden, Tampons und Slipeinlagen, kostenlos in den Frauen- und Unisextoiletten zur
- 10 Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung soll hierbei keinesfalls das sowieso schon nicht sehr
- 11 großzügige Budget der Schule belasten, sondern das Geld zur Anschaffung der
- 12 Menstruationsprodukte muss zusätzlich bereitgestellt werden.
- 13 Menstruation ist teuer und von Scham besetzt. Ohne Zugang zu Menstruationsprodukten können
- 14 Schülerinnen\* während ihrer Periode häufig den Unterricht nicht besuchen. So werden vor allem
- 15 Mädchen\* aus sozial benachteiligten Haushalten an ihrem Recht auf Bildung gehindert. Kostenlose
- 16 Menstruationsprodukte sind also nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung sondern auch der
- 17 Bildungsgerechtigkeit. Ein weiteres
- 18 Argument für die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten ist, dass die Periode von
- 19 Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht selten überraschend früher oder später einsetzt. Oft
- 20 müssen Menstruierende sich dann mit Toilettenpapier oder anderen unhygienischen Alternativen
- 21 aushelfen, bis der Schultag vorbei ist. Wenn Menschen eine starke Periode haben reicht
- 22 Toilettenpapier nicht aus, sie verbluten ihre Kleidung, schämen sich für einen normalen biologischen
- 23 Vorgang und verlassen den Unterricht.
- 24 Da die Menstruation weiterhin in vielen Teilen der Gesellschaft ein Tabu-Thema ist und sich vor allem
- 25 jüngere Schülerinnen\* sich nicht trauen im Sekretariat nach Menstruationsprodukten zu fragen löst
- 26 das Bereithalten der Produkte dort das Problem nicht. Wenn Menstruationsprodukte aber als Teil

- 27 des grundsätzlichen Hygienebedarfs anerkannt und genau wie Seife und Toilettenpapier kostenlos

**B-7**

<b>Titel</b>	Religions- und Ethikunterricht modernisieren – Gemeinschaftlichen Unterricht schaffen!
<b>AntragstellerInnen</b>	AK Gesellschaft
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Religions- und Ethikunterricht modernisieren – Gemeinschaftlichen Unterricht schaffen!

- 1 Religionen und Glaubensvorstellungen sind wichtige Bestandteile unserer Gesellschaft. Im Saarland sind  
 2 knapp 75% der Bevölkerung Mitglied einer Glaubensgemeinschaft – der höchste Wert deutschlandweit. Welt-  
 3 anschauliche, ethische und philosophische Konzepte sind wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft. An ih-  
 4 nen sind unser Grundgesetz, unsere Landesverfassung und unsere Gerichtsbarkeit ausgerichtet.
- 5
- 6 Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für unser Zusammenleben müssen beide Aspekte im Schulsystem in  
 7 ausreichendem Maße beleuchtet werden! Der konfessionell gebundene Religionsunterricht ist hierfür aller-  
 8 dings nicht geeignet. Statt religiösem und kulturellem Austausch fördert der konfessionell gebundene Religi-  
 9 onsunterricht eine Segmentierung und Isolation einzelner Gruppen.
- 10
- 11 Toleranz entsteht durch Kontakt und Austausch mit Personen, die andere Einstellungen vertreten. So zeigt sich  
 12 immer wieder, dass in multikulturellen und multireligiösen Städten und Gemeinden die Offenheit für Andere  
 13 größer ist, als in isolierten und homogenen Orten. Wir möchten den Austausch zwischen den Religionsge-  
 14 meinschaften untereinander und mit den nicht religiösen Menschen stärken. Hierfür braucht es einen Ort des  
 15 neutralen und fairen Austauschs.
- 16
- 17 Ein gemeinschaftlicher Unterricht, der durch alle Glaubensgemeinschaften und durch nicht religiöse Men-  
 18 schen mitgestaltet wird, kann genau dies sein! Ein Unterricht, in dem ein Austausch über die verschiedens-  
 19 ten Glaubensvorstellungen, ihre Beweggründe und Überzeugungen, über die bedeutendsten philosophischen  
 20 und ethischen Theorien und Konzepte, eingebettet in historische und kulturelle Zusammenhänge erfolgen  
 21 kann, trägt maßgeblich zu Toleranz und Akzeptanz bei und bietet daher einen unersetzlichen gesellschaftli-  
 22 chen Mehrwert.
- 23
- 24 Wir fordern daher die Landesregierung, den SPD Landesverband Saarland und die SPD-Landtagsfraktion im  
 25 Saarland auf sich dafür einzusetzen, dass
- 26
- 27 1. Gemeinsam mit Vertreter\*Innen der Religionsgemeinschaften und nicht religiösen Menschen ein Kon-  
 28 zept für einen einheitlichen nicht konfessionell gebundenen Unterricht geschaffen wird, der an die Stel-  
 29 le des bisherigen Religions- und Ethikunterrichts tritt.
- 30 2. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, die sich aus Art 7 des Grundgesetzes, insbesondere aus der Aus-  
 31 nahme der Pflicht zur Erteilung des Religionsunterrichts an bekenntnisfreien Schulen, zu nutzen, um  
 32 die Forderung 1 verfassungskonform auszugestalten.

# F Feminismus

## F Feminismus

---

F-2	Er, Sie, Es- oder alles zusammen?!	35
F-4	AK Gesellschaft      Kostenloses Angebot von Menstruationsprodukten in öffentlichen Räumen	36

---

# F-2

**Titel** Er, Sie, Es- oder alles zusammen?!

**AntragstellerInnen**

**Zur Weiterleitung an** SPD Landesparteitag

---

## Er, Sie, Es- oder alles zusammen?!

- 1 LGBTQ und „neumodische“ Pronomen sind in unserer heutigen Welt so gut wie normalisiert
- 2 und vor allem in der jüngeren Generation sehr oft vertreten. Die Akzeptanz ist mittlerweile
- 3 bereits in einigen Bereichen vorhanden, doch gibt es immer noch Vorschriften, die manchen
- 4 Menschen im Weg stehen. Dies ist z.B. der Fall, wenn eine Person sich mit mehreren
- 5 Pronomen angesprochen fühlt, aber rein rechtlich nur eines dieser Pronomen eingetragen
- 6 werden kann.
- 7 Im Zuge dessen fordern wir, dass es innerhalb der SPD möglich sein soll, eine Person mit
- 8 mehreren Pronomen einzutragen, so z.B. mit männlichen und weiblichen oder männlichen
- 9 und neutralen Pronomen. Zudem sollte diese Person unter anderem dann auch in offiziellen
- 10 Schreiben mit den beiden eingetragenen Pronomen angeschrieben werden.
- 11 Es gibt Menschen, die sich nicht klar einem Geschlecht zuordnen und sich z.B. als Nonbinary oder Genderfluid
- 12 sehen oder sich gar nicht erst labeln. Um diesen angesprochenen
- 13 Menschen zu helfen bzw. sie zu respektieren und demzufolge auch zu akzeptieren, wäre es
- 14 zwingend notwendig und überaus sinnvoll sie mit den Pronomen anzusprechen, mit denen
- 15 sie sich identifizieren. Ein Beispiel hierfür wäre eine Person, welche sich als Genderfluid
- 16 identifiziert und wechselnde Pronomen zwischen männlich und weiblich besitzt. In diesem
- 17 Fall wäre richtig und notwendig, diese Person mit beiden Pronomen eintragen zu lassen, um
- 18 in keiner Zeit in die Gefahr zu gelangen, zu misgendern.

# F-4

<b>Titel</b>	Kostenloses Angebot von Menstruationsprodukten in öffentlichen Räumen
<b>AntragstellerInnen</b>	AK Gesellschaft
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Kostenloses Angebot von Menstruationsprodukten in öffentlichen Räumen

- 1 Eine biologische Frau gibt in ihrem Leben durchschnittlich 20.700 Euro für Menstruationsprodukte aus. Die  
2 weibliche Menstruation ist in weiten Teilen der Gesellschaft weiterhin mit Scham und Unbehagen besetzt.  
3 Obwohl Menstruationsprodukte essentiell wichtig sind, können sich viele den Zugang zu diesen Produkten  
4 nicht leisten oder werden hierdurch finanziell stark belastet.
- 5
- 6 Aktuelle Diskussionen um eine Senkung der Mehrwertsteuer für diese Produkte verfolgen zwar ein richtiges  
7 Ziel, verfehlen aber die Tragweite des Problems. So berechnet sich der Gender-Pay-Gap für das Jahr 2021 laut  
8 statistischem Bundesamt auf knapp 18%. Zusätzlich zu dieser massiven finanziellen Benachteiligung entstehen  
9 Frauen auch Kosten für die oben genannten Menstruationsprodukte.
- 10
- 11 Um diese Benachteiligung von Frauen zumindest in Teilen zu beseitigen fordern wir die Landesregierung, den  
12 SPD-Landesverband Saar und die SPD-Landtagsfraktion im Saarland auf sich dafür einzusetzen, dass
- 13
- 14 1. In allen öffentlichen Räumen Menstruationsprodukte kostenlos und unbegrenzt angeboten werden.  
15 Hierzu zählen insbesondere aber nicht nur Tampons, Binden und Slipeinlagen.

# G Gesundheit und Familie

## G Gesundheit und Familie

G-2	Juso Unterbezirk Saarpfalz	Lücken im Gesundheitssystem schließen – Realisierung eines Anonymen Behandlungsscheins im Saarland	38
G-3	Juso Kreisverband St. Wendel	Psychische Erkrankungen in Schulen thematisieren	41

# G-2

<b>Titel</b>	Lücken im Gesundheitssystem schließen – Realisierung eines Anonymen Behandlungsscheins im Saarland
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Unterbezirk Saarpfalz
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Lücken im Gesundheitssystem schließen – Realisierung eines Anonymen Behandlungsscheins im Saarland

- 1 Analyse:
- 2 Durch die Unterzeichnung des Internationalen Abkommens über wirtschaftliche, soziale und
- 3 kulturelle Rechte der Vereinten Nationen und durch das im Grundgesetz verankerte
- 4 Selbstverständnis als Sozialstaat verpflichtet sich Deutschland allen Menschen einen
- 5 diskriminierungsfreien und gleichwertigen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung
- 6 unabhängig vom Aufenthaltsstatus und Einkommen zu gewährleisten. Jedoch wird das
- 7 deutsche Gesundheitssystem gerade in Hinblick auf besonders vulnerable Gruppen diesem
- 8 Anspruch nicht gerecht. Jährlich fallen zehntausende Menschen den Lücken im deutschen
- 9 Gesundheitssystem zum Opfer. Trotz Krankenversicherungspflicht besaßen laut dem
- 10 Statistischen Bundesamt im Jahr 2019 über 60.000 Bürger\*innen über keine
- 11 Krankenversicherung. In der Dunkelfeldforschung wird von einer deutlich höheren Zahl
- 12 ausgegangen – bis zu 500.000 Menschen könnten betroffen sein.
- 13 Betroffen sind vor allem Bürger\*innen, die aus verschiedenen Gründen, aber vor allem aus
- 14 finanzieller Not und durch prekäre Arbeitsbedingungen ihre Krankenversicherung verloren
- 15 haben, EU Bürger\*innen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz sowie
- 16 insbesondere Drittstaatler\*innen, zu denen auch die Gruppe der Geflüchteten dazugehören.
- 17 Die Corona Pandemie und die „cost-of-living crisis“ verschärfen die finanzielle Not für viele
- 18 Menschen deutlich. Ein Krankenversicherungsschutz wird damit trotz Versicherungspflicht zu
- 19 einem Luxus, den sich armutsbetroffene Menschen nicht leisten können – mit
- 20 schwerwiegenden Folgen für ihre Gesundheit. Wer Beiträge nicht bezahlen kann, hat nur
- 21 noch Anspruch auf eine Behandlung im akuten Krankheitsfall. Als Folge bleiben betroffene
- 22 Menschen trotz ernsthafter Erkrankung lieber zu Hause. Präventive Maßnahmen wie z.B.
- 23 eine Krebsvorsorge oder die jährlichen Zahnarztkontrollen können überhaupt nicht in
- 24 Anspruch genommen werden.
- 25 Die Gesetzesänderung des Versichertenentlastungsgesetzes aus dem Jahr 2019 erlaubt es
- 26 Krankenkassen darüber hinaus Mitgliedern, die ihren Beitragszahlungen über längere Zeit

27 nicht nachkommen, zu kündigen – trotz geltender Krankenversicherungspflicht. Geflüchtete  
28 haben nachwievor durch das Asylbewerberleistungsgesetzes nur ein Anrecht auf reduzierte  
29 medizinische Leistungen. Über die folgenschweren Konsequenzen für die Patient\*innen, wie  
30 z.B. der Chronifizierung von Symptomen und Schmerzen, hinausgehend führt der  
31 unzureichende Versicherungsschutz auch gesundheitsökonomisch langfristig zu  
32 vermeidbaren Mehrkosten in Millionenhöhe für die Solidargemeinschaft.

33 Forderungen:

34 Um die aktuelle Schieflage in unserem Gesundheitssystem zu beenden und  
35 armutsbetroffenen und illegalisierten Menschen zugleich einen adäquaten und geschützten  
36 Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, fordern die Saar Jusos die Einführung  
37 eines „Anonymer Behandlungsschein“ auf Landesebene.

38 Beim Anonymen Behandlungsschein handelt es sich um eine mehrfach erfolgreich erprobte  
39 Methode aus verschiedenen Bundesländern und Großstädten wie Thüringen, Berlin und Bonn,  
40 die durch die geschützte Vermittlung von Krankenscheinen als Ersatz für einen  
41 Versicherungsnachweis betroffene Gruppierungen wieder in die medizinische  
42 Regelversorgung integriert. Dabei sollen zwei grundsätzliche Ziele verfolgt werden:

- 43 • Ein Zugang zur medizinischen Regelversorgung soll ermöglicht werden, ohne dass  
44 Daten von illegalisierten Menschen an entsprechende Behörden weitergegeben  
45 werden.
- 46 • Menschen ohne aktuellen Krankenversicherungsschutz soll eine gesundheitliche  
47 Versorgung nach dem Standard der allgemeinen gesetzlichen  
48 Krankenversicherungen einschließlich Zugang zu präventiven Maßnahmen ermöglicht  
49 werden.

50 Um den Anonymen Behandlungsschein im Saarland zu verwirklichen, sollen folgende  
51 Forderungen auf Landesebene realisiert werden:

- 52 • Die Landesregierung schafft in Zusammenarbeit mit lokal aktiven Träger\*innen der  
53 Sozialhilfe eine Clearingstelle für Menschen ohne regulären  
54 Krankenversicherungsschutz. Diese soll betroffene Menschen beraten einen  
55 Kostenträger zu finden und eine Anbindung an die Regelversorgung zu realisieren.  
56 Des Weiteren ist es Ihre Aufgabe das Gesundheitsproblem und die soziale Lage der  
57 betroffenen Person zu klären.
- 58 • Falls eine Eingliederung bzw. Rückkehr in reguläre Krankenversicherungsverhältnisse  
59 nicht möglich ist, vergibt die Clearingstelle in Zusammenarbeit mit lokalen  
60 Kooperationspartner\*innen (wie z.B. Arztpraxen oder Sozialberatungsstellen) und  
61 den lokalen Gesundheitsämtern flächendeckend und niedrigschwellig Anonyme  
62 Behandlungsscheine, die es Patient\*innen ohne Versicherungsschutz ermöglicht,  
63 eine kostenfreie ärztliche Behandlung unter Wahrung des Rechts der freien Wahl der

- 64        Ärzt\*innen und Therapeut\*innen wahrzunehmen.
- 65        • Eine Identitätsfeststellung wird auf Wunsch der Patient\*innen nicht durchgeführt.
- 66        Die Vermittlung und Durchführung der medizinischen Leistung soll unter einem
- 67        Pseudonym möglich sein, um illegalisierte Menschen vor Abschiebungen zu schützen.
- 68        • Die Finanzierung des Anonymen Behandlungsscheins soll durch einen Fonds des
- 69        Saarlandes und der beteiligten Kommunen gewährleistet werden und durch die
- 70        unabhängige Clearingstelle verwaltet werden.

# G-3

<b>Titel</b>	Psychische Erkrankungen in Schulen thematisieren
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Kreisverband St. Wendel
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Psychische Erkrankungen in Schulen thematisieren

1 An einem Thema kam man besonders die letzten zwei Jahre nicht mehr umher – psychische Erkrankungen  
2 und allen voran das Thema Depressionen. Aber auch schon lange vor der Corona-Pandemie zeigte sich, dass  
3 das Thema eine gesellschaftliche Relevanz einnimmt. Eine Studie der Universität Dresden aus dem Jahr 2011  
4 besagt, dass ein Drittel der EU-Bevölkerung im Laufe des Lebens von psychischen Krankheiten betroffen ist.  
5 Sie stellt ebenfalls dar, dass die Erkrankungen in allen Altersstufen ähnlich häufig und selbst unter Kindern  
6 und Jugendlichen weit verbreitet sind.

7

8 An Depressionen erkranken aktuell etwa 3-10 % aller Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren. Es ist daher  
9 davon auszugehen, dass mindestens ein Kind pro Schulklasse davon betroffen ist. Die Corona-Pandemie hat  
10 diese Zahl alles andere als gemindert. Die Copsy-Längsschnittstudie\* hat gezeigt, dass fast jedes dritte Kind in  
11 der Corona-Pandemie psychische Auffälligkeiten aufweist und sich die Zahl im Vergleich zu vor der Pandemie  
12 somit verdoppelt hat. Depressive Störungen haben laut der Studie ebenfalls deutlich zugenommen.

13 Nennenswert in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die  
14 aufgrund einer Depression stationär therapiert werden, zwischen 2019 und 2021 bei den 15- bis 17-jährigen  
15 um 28 % und im Alter von 10 bis 14 Jahren um 27 % gestiegen ist.

16

17 Die Zahlen zeigen deutlich, dass wir es hier mit einer gesellschaftlich wichtigen Thematik zu tun haben und  
18 dass es neben einer Intervention es auch vor allem viel Prävention bedarf. Und wo findet Prävention statt,  
19 wenn nicht in der Schule.

20 In vielen Schulen wird schon umfangreich Präventionsarbeit geleistet. Auch in puncto Gesundheitsprävention.  
21 In der Grundschule wird den Kindern beigebracht, wie sie sich richtig die Zähne putzen und im Sexualunterricht  
22 lernt man wie ein Kondom richtig übergezogen wird. Aber über psychische Krankheiten wird an vielen Schulen  
23 nicht gesprochen. Oftmals ist es sogar ein Tabuthema.

24

25 Berührungsängste und Vorurteile, mit denen das Thema nach wie vor behaftet ist, könnten viel einfacher  
26 aus unserer Gesellschaft verschwinden, wenn in der Schule mehr und offener darüber gesprochen werden  
27 würde.

28

29 Um über diese Themen mit den Schüler\*innen zu sprechen, müssen Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter\*innen  
30 für diese Aufgabe die notwendigen Kompetenzen vermittelt werden. Im idealen Fall nehmen die Themen Psy-  
31 chische Erkrankungen und Prävention schon in der Ausbildung einen Platz ein. Fortbildungen können eben-  
32 falls schon einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass zum einen Informationen vermittelt werden und zum  
33 anderen mehr für das Thema sensibilisiert wird.

34 Die Thematisierung in Schulklassen hätte ebenfalls den Effekt, dass Mitschüler\*innen aufgeklärt werden und  
35 damit eine Stigmatisierung aufhören könnte. Ein\*e Schüler\*in bleibt nicht aus Unlust wochenlang zu Hause,

36 sondern weil er\*sie krank ist.

37 Depressionen und psychische Erkrankungen können in verschiedenen Unterrichtsfächern behandelt werden.  
38 Im Deutschunterricht beispielsweise durch das Lesen bestimmter Literatur oder der Analyse von Gedichten.  
39 Biologie-, Religions- und Ethikunterricht bieten sich ebenfalls an.

40 Eine Enttabuisierung kann und darf natürlich nicht nur mithilfe der Schule gelingen, sondern ist eine gemein-  
41 schaftliche Aufgabe in unserer Gesellschaft. Demnach müssen auch explizit Erziehungsberechtigte sensibili-  
42 siert und mit ins Boot genommen werden.

43

44 Langfristiges Ziel muss es sein, dass seelische Gesundheit in der Mitte unserer Gesellschaft ankommt. Es muss  
45 selbstverständlich sein, auf seelisches Wohlbefinden zu achten und niemand darf wegen einer seelischen Krise  
46 ausgegrenzt werden. Wenn wir Depressionen und andere psychische Erkrankungen in unserer Gesellschaft  
47 besser verstehen und ernst nehmen wollen, müssen wir in der Schule damit anfangen.

48

49 Aus diesem Grund fordern wir:

50 1. Das Thema psychische Erkrankungen und im Speziellen das Thema Depression wird bereits im Lehr-  
51 amtsstudium berücksichtigt.

52 2. Konkrete Unterrichtsbeispiele bezüglich der Aufklärung über psychische Erkrankungen werden in die  
53 Lehrpläne aufgenommen.

54 3. Informationsmaterialien über die Krankheitsbilder sowie über Beratungsmöglichkeiten werden den  
55 Lehrkräften und dem sozialpädagogischen Personal in den Schulen zur Verfügung gestellt.

56 4. Auf der Homepage des Ministeriums für Bildung und Kultur werden Informationsmaterialien für alle  
57 Beteiligten der Schulgemeinschaft zur Verfügung gestellt.

58 5. Es wird ein Aufklärungsvideo für Schüler\*innen und Erziehungsberechtigte erstellt und über die Home-  
59 page des Ministeriums für Bildung und Kultur bereitgestellt.

60 6. Die Schulen erstellen eine standortspezifische Übersicht über innerschulische und außerschulische  
61 Hilfsangebote in ihrer Umgebung.

62 7. Die Schulen werden angeregt, im Rahmen von Projekttagen das Thema aufzugreifen.

63 8. Fortbildungen zum Thema psychische Gesundheit für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter\*innen wer-  
64 den stärker ausgebaut.

65

66

67

68

69

70

71

72 \*Die **COPSY-Längsschnittstudie** untersucht die Auswirkungen und Folgen der COVID-19 Pandemie auf die  
73 psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Die Studie wird von der Forschungsab-  
74 teilung Child Public Health am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf durchgeführt.

# I Inneres

## I Inneres

I-2	AK inneres	Ehrenamt stärken! Spürbare Anreize und Vergünstigungen schaffen!	44
I-3	AK Inneres	„Clankriminalität“- Ein Konzept aus einer anderen Zeit!	45
I-7	Initiativantrag: Feuerwehr zukunftsfähig machen: Die Feuerwehren und den Brandschutz des Landes und der Kommunen auf die Zukunftsherausforderungen ausrichten		47

# I-2

<b>Titel</b>	Ehrenamt stärken! Spürbare Anreize und Vergünstigungen schaffen!
<b>AntragstellerInnen</b>	AK inneres
<b>Zur Weiterleitung an</b>	

---

## Ehrenamt stärken! Spürbare Anreize und Vergünstigungen schaffen!

1 Zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag

2

3 Knapp 385.000 Menschen im Saarland engagieren sich ehrenamtlich. Knapp ein Viertel davon sogar mehr  
4 als 6 Stunden pro Woche. Aber auch die zahlreichen Engagements unter 6 Stunden die Woche halten unser  
5 Land am Laufen, unsere Gesellschaft zusammen und unsere Vereinslandschaft aktiv. Das Saarland ist Ehren-  
6 amtsland und verdankt seinen Ehrenamtler\*innen vieles. Dieses Engagement verdient Anerkennung! Hierfür  
7 hat die Landesregierung 2012 die Ehrenamtskarte geschaffen. Mit der Ehrenamtskarte werden Ehrenamtli-  
8 chen an knapp 150 Stellen saarlandweit Rabatte und Vergünstigungen geboten. Außerdem erhalten sie die  
9 SaarlandCard, mit der einmalig kostenfrei knapp 90 touristische Einrichtungen im Saarland besucht werden  
10 können.

11

12 Von der Ehrenamtskarte machen allerdings nur knapp 1150 Menschen im Saarland gebrauch. Die Antrags-  
13 hürden sind zu hoch und das Antragsverfahren zu komplex. So muss das Engagement beispielsweise über  
14 zwei Jahre hinweg ununterbrochen stattfinden und jeder Antrag durch die jeweilige Bürgermeister\*in gegen-  
15 gezeichnet werden, was einen enormen Mehraufwand für ohnehin unterfinanzierte und teilweise überlastete  
16 Kommunen bedeutet. Darüber hinaus sind die meisten Vergünstigungen unattraktiv, da es sich dabei häufig  
17 nur um wenige Euros oder 10-20% handelt.

18

19 Wir möchten die Ehrenamtskarte attraktiver gestalten, um den vielen Ehrenamtlichen im Saarland nicht nur  
20 Anerkennung durch Worte, sondern auch durch Taten zu geben.

21

22 Wir fordern deshalb, dass sich die Jusos Saar, die SPD Saar, sowie die SPD-Landtagsfraktion dafür einsetzen,  
23 dass

24

- 25 1. Das Antragsverfahren für die Ehrenamtskarte vereinfacht wird.
- 26 2. Die mindestens pro Jahr oder Woche zu erbringende Zeit im Ehrenamt reduziert wird und auch Unter-  
27 brechungen der ehrenamtlichen Aktivität möglich werden.
- 28 3. Die Attraktivität der Ehrenamtskarte gesteigert wird, indem mehr und attraktivere Anreize geschaffen  
29 werden.
- 30 4. Die Aufklärung über und Vermarktung der Ehrenamtskarte stark ausgebaut wird.

# I-3

<b>Titel</b>	„Clankriminalität“- Ein Konzept aus einer anderen Zeit!
<b>AntragstellerInnen</b>	AK Inneres
<b>Zur Weiterleitung an</b>	Juso-Bundeskongress

---

## „Clankriminalität“- Ein Konzept aus einer anderen Zeit!

- 1 *Zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag und den Juso Bundeskongress*
- 2 Unsere Gesellschaft ist geprägt durch die weiße Mehrheit in unserem Land. Dies führt für uns jedoch dazu,  
3 dass wir auch in der weißen Mehrheitsgesellschaft Awareness für rassistische Strukturen schaffen und anti-  
4 rassistische Arbeit leisten müssen.
- 5 Leider findet man in unserer Gesellschaft noch zahlreiche Konzepte, die auf rassistischen und stigmatisieren-  
6 den Vorurteilen beruhen.
- 7 Eines dieser Konzepte, welches oftmals von Bundeskriminalamt (BKA) und diversen Landeskriminalämtern[1],  
8 sowie in der innenpolitischen Debatte, verwendet wird ist das Konzept der „Clankriminalität“.
- 9 Das BKA definiert Clans dabei als „ethnisch abgeschottete Subkulturen“, die in der Regel patriarchalisch-  
10 hierarchisch organisiert sind und einer „eigenen Werteordnung“ folgen.[2]
- 11 Unstrittig ist, dass Straftaten grundlegend unter Berücksichtigung polizeilich notwendiger Kriterien erfasst  
12 werden müssen. Hierzu gehören sowohl die organisierte Kriminalität, als auch patriarchalisch hierarchische  
13 Strukturen.
- 14 Die Einordnung Krimineller nach der Zugehörigkeit zu ethnisch abgeschotteten Strukturen ist schon allein  
15 aufgrund der Festmachung an der „Ethnie“ als rassistisch abzulehnen. Drüber hinaus erfolgt sie willkürlich  
16 und hat absolut nichts mit rechtsstaatlichen Methoden zu tun. Das Konzept der „Clankriminalität“ führt dazu,  
17 dass eine Person, die bei der Überschreitung eines Tempolimits erwischt wird, als clankriminell eingestuft  
18 werden kann, sofern sie eine sichtbare Migrationsgeschichte hat.
- 19 Denn aus den Lageberichten der Kriminalämter lässt sich kein rechtstaatlich vertretbares Muster erkennen,  
20 wie man zu der Einschätzung kommt, jemand sei „ethnisch abgeschotteten arabischstämmigen Strukturen«  
21 zugehörig, zumal etwa 45,4 Prozent der im Lagebericht des BKA aus dem Jahre 2020 genannten Täter die  
22 deutsche Staatsbürgerschaft hatten. Hier von »ethnisch abgeschotteten arabischstämmigen Strukturen« zu  
23 sprechen, ist eine Ethnisierung von Kriminalität. Denn am Ende wissen wir, dass mit »ethnischer Abschottung«  
24 keine Menschen gemeint sein können, die sich in reichen, weißen Villenquartieren verschanzen, sondern ras-  
25 sistische Stereotype bedient werden.
- 26
- 27 Fragwürdig ist auch, dass im Lagebericht Straftaten wie Verkehrsdelikte oder Verstöße gegen das Infektions-  
28 schutzgesetz aufgeführt werden. Hier ist nicht einmal klar, was sie mit Organisierter Kriminalität zu tun ha-  
29 ben.[3]
- 30 Stigmatisierende und rassistische Konzepte haben nichts in Berichten von Sicherheitsbehörden zu suchen, erst  
31 recht nicht, wenn sie so verheerende Folgen für polizeiliches Arbeiten mit sich bringen. Auch in der politischen  
32 Debatte müssen wir immer wieder unsere Ausdrücke und Konzepte hinterfragen, denn auch hier zeigen sich  
33 oft offen und latent rassistische Strukturen.
- 34 **Wir fordern daher:**

- 35 • Das Konzept der Clankriminalität soll aus Berichten und der Arbeit öffentlicher Institutionen verschwin-  
36 den
- 37 • Landtagsfraktion und SPD Landesverband dazu auf sich gegen die Nutzung des Konzepts in Sicher-  
38 heitsbehörden einzusetzen
- 39 [1] Lagebericht Clankriminalität BKA: <https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/La->  
40 [gebilder/lagebilder\\_node.html](https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/Lagebilder/lagebilder_node.html)
- 41 [2] Meldung: NRW führt die meisten Clan-Verfahren. In: n-tv.de. 24. September 2019
- 42 [3] Vgl. <https://www.berliner-zeitung.de/news/arbeitsgruppe-der-berliner-spd-will-den-begriff-clan->  
43 [kriminalitaet-abschaffen-li.123331](https://www.berliner-zeitung.de/news/arbeitsgruppe-der-berliner-spd-will-den-begriff-clan-kriminalitaet-abschaffen-li.123331)



31 finanzielle Belastung und die schlechte Situation der Kommunen im Saarland, bedarf es für den Neubau bzw.  
32 die Erhaltung von Feuerwehrhäusern einer größeren Unterstützung durch das Land.

33 Wir setzen uns daher für eine Investitionsoffensive ein, die für moderne und der Gemeinwesenarbeit zuträgliche  
34 Feuerwehrhäuser steht. Im Fokus sollen hierbei gerade finanziell schwächere Kommunen stehen.

35 Ehrenamt braucht auch Hauptamt! Die Sicherheitsstruktur des Saarlandes profitiert als Ehrenamtsland enorm  
36 von der Balance von ehrenamtlich Tätigen bei den freiwilligen Feuerwehren und hauptberuflichen Einsatzbe-  
37 amten. Gerade die Herausforderungen durch die Corona Pandemie und immer mehr werdenden Umwelt-  
38 katastrophen fordern auch im hohen Maße die Berufsfeuerwehrleute. Diese Kräfte sind mit ihrer intensiven  
39 Arbeit unverzichtbar. Für eine bessere Wertschätzung fordern wir die Harmonisierung der Feuerwehrzulage  
40 an um bundesweit ein stabiles Mindestniveau für Feuerwehrbeamte:innen zu schaffen, wobei die Zulagen ru-  
41 hegehaltstfähig sein sollen.

42 Die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren sind die tragende Säule des gesellschaftlichen  
43 Miteinanders in Kommunen und Städten dar. Über den Schutzauftrag hinaus haben sie eine große  
44 Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Stärkung demokratischer Werte und Haltun-  
45 gen. Sie unterstützen und organisieren soziale und kulturelle Ereignisse auf Dörfern, wie etliche Dorffeste im  
46 Saarland beweisen. Auch die Häuser der Feuerwehr sind in kleineren Dörfern oft zentraler Ort der Zusam-  
47 menkunft. Wenn wir wollen, dass die ländlichen Regionen weiterhin lebenswert bleiben, ist es unsere zentrale  
48 Aufgabe die Rahmenbedingungen für die Feuerwehren zu optimieren, indem wir bestehende Strukturen der  
49 gemeinschaftlichen Aktivität nicht verkommen lassen. Gerade deswegen schließen wir uns der Forderung zum  
50 Um- und Ausbau der Feuerweherschule des Saarlandes in eine „Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule  
51 an.

52 Um das Ehrenamt als Säule unserer Gesellschaft zu erhalten, müssen wir es offen für Innovationen und an-  
53 gepasst an die zeitlichen Lebensbedingungen der Zukunft ausgestalten. Aus Respekt vor dem immensen zeitlichen  
54 Aufwand des freiwilligen Engagements, Hierbei müssen aus Respekt vor dem immensen zeitlichen  
55 Aufwand auch finanzielle Anreize und weitere Modelle zur Wertschätzung eine zentrale Rolle spielen. Zudem  
56 wollen wir auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und den lokalen Feuerwehren weiter ausbauen.

57

# U Umwelt und Verkehr

## U Umwelt und Verkehr

U-2	Juso Kreisverband Saarlouis	9 Euro Ticket unbefristet verlängern und erweitern!	50
U-3	Juso Unterbezirk Saarpfalz	Verlängerung des 9-Euro-Tickets	52
U-5	Jusos Saarbrücken-Land	Konsequente Klimafolgenanpassung in der Bauleitplanung	53

# U-2

**Titel** 9 Euro Ticket unbefristet verlängern und erweitern!  
**AntragstellerInnen** Juso Kreisverband Saarlouis  
**Zur Weiterleitung an** Juso-Bundeskongress

---

## 9 Euro Ticket unbefristet verlängern und erweitern!

1 Von A nach B kommen ist für viele Menschen nach wie vor eine große Herausforderung. Besonders junge  
2 Menschen sind viel zu oft auf das Auto der Eltern angewiesen und können sich so nicht unabhängig fortbewe-  
3 gen. Der ÖPNV bietet hier eine Lösung für alle Menschen die sich unabhängig von Dritten und ohne eigenes  
4 Auto fortbewegen wollen.

5 Besonders zur aktuellen Zeit, in der der schreckliche Ukraine Krieg und die Inflation die Preise für so gut wie  
6 alles in die Höhe treiben, können sich viele Menschen ein eigenes Auto nicht mehr leisten. Neben den An-  
7 schaffungskosten belasten auch Versicherung und Spritpreise den Geldbeutel vieler Menschen stark. An die-  
8 ser Stelle muss auch angemerkt werden, dass besonders an den hohen Spritpreisen große Konzerne Schuld  
9 sind, die den Ukrainekrieg als Vorwand verwenden ihre Preise enorm zu erhöhen und so die Verbraucherin-  
10 nen und Verbraucher stark zu belasten! **Diesen kapitalistischen Gewinnwahn auf Kosten der Bürgerinnen  
11 und Bürger verurteilen wir aufs Schärfste!** Das eigene Auto können sich so schlichtweg nicht alle leisten.  
12 Diese Menschen sind auf einen guten und preisgünstigen ÖPNV angewiesen! Und außerdem haben sie das  
13 Recht dazu.

14 Gleichzeitig bietet der ÖPNV eine große Chance im Kampf gegen den Klimawandel. Ein gut ausgebauter und  
15 genutzter ÖPNV ist eine große Chance den Klimawandel zu bekämpfen und unerlässlicher Faktor dabei die  
16 Klimaziele des Pariser Abkommens einzuhalten.

17 Sowohl aus sozialen, wie auch aus ökologischen Gründen brauchen wir einen attraktiven und günstigen ÖPNV.  
18 Daher begrüßen wir es, dass Anke Rehlinger, zu dem Zeitpunkt noch Verkehrsministerin, 2021 einen ers-  
19 ten Schritt im Saarland unternommen hat um den ÖPNV günstiger für die Bürgerinnen und Bürger zu ma-  
20 chen.

21

22 **Diesem Erfolg müssen jedoch weiter folgen! Wir haben als Jusos das 365 Euro Ticket für junge Menschen  
23 in den Saarlandplan verhandelt. Dieses Versprechen muss die Landesregierung nun schnellstmöglich  
24 umsetzen.**

25 Es reicht jedoch nicht nur nach Saarbrücken zu schauen. Die Aufgabe einen günstigen und gut ausgestatteten  
26 ÖPNV zu gewährleisten ist nicht alleine im Saarland zu lösen. Hierzu braucht es auch den Bund. Dieser hat in  
27 seinem Entlastungspaket 2022 unter anderem das 9 Euro Ticket beschlossen. Dieses soll für die Monate Juni,  
28 Juli und August gelten. Damit soll es ermöglicht werden für 9 Euro im Monat Bus und Bahn (Regionalverkehr)  
29 überall in Deutschland zu nutzen. Diese Maßnahme kostet den Bund 2.5 Milliarden Euro. Wir sind davon über-  
30 zeugt, dass dies kein zu hoher Preis für unseren ÖPNV ist. Ein Land, welches 100 Milliarden auf einmal in die  
31 Bundeswehr investieren kann, muss sich auch 10 Milliarden im Jahr für einen günstigen ÖPNV leisten können.  
32 **Wir fordern daher die zeitlich unbegrenzte Fortführung der 9 Euro Tickets!**

33 Dieser Schritt wäre eine echte Entlastung für zahlreiche Menschen in Deutschland. Besonders in Anbetracht  
34 der Tatsache, dass Schätzungen zu Folge 30 Millionen Menschen diese Tickets nutzen wollen. Diese Tickets  
35 stellen für zahlreiche Menschen eine enorme finanzielle Entlastung dar und geben besonders jungen Men-  
36 schen neue Möglichkeiten Deutschland zu erkunden und geben ihnen ein großes Stück Freiheit.

37 Natürlich muss dem entsprechend auch dafür gesorgt werden, dass genug Busse und Bahnen für die Men-  
38 schen vorhanden sind. Daher muss überall geprüft werden, ob weitere Bus und Bahnlinien sinnvoll sind um  
39 die gestiegene Nachfrage zu befriedigen. Bus und Bahn dürfen nicht überfüllt sein! **Daher muss überall dort,**  
40 **wo es notwendig ist weitere Buslinien geschaffen werden und auch neue Bahnstrecken. Vorzugsweise**  
41 **sollten, dort wo vorhanden, alte Bahnstrecken reaktiviert werden um bereits vorhandene Infrastruk-**  
42 **tur zu nutzen.**

43 Außerdem gelten die 9 Euro Tickets bislang nur für den Regionalverkehr. Und auch, wenn wir uns schon alle  
44 auf den Urlaub in Sylt freuen, um BWL Justus und CO ihr Urlaubsparadies streitig zu machen bleibt fest zu  
45 halten, dass der Weg von Saarlouis nach Sylt mit dem DB Regionalverkehr etwa 18 Stunden dauert und 7 bis  
46 8 Umstiege beinhaltet. Diesem Umstand kann begegnet werden, indem die 9 Euro Tickets auch für ICs und  
47 ICEs gelten. **Daher fordern wir genau diese Ausweitung: Reisezeit verkürzen, innerdeutschen Tourismus**  
48 **stärken! 9 Euro Tickets auch für ICs und ICEs!**

49 Dies alles erfordert viel Investitionsbereitschaft. Doch Investitionen in Infrastruktur, den Schutz unseres Klimas  
50 und die Lebensqualität zahlreicher Menschen darf uns nicht zu teuer sein! **Für diese Investitionen darf es**  
51 **sowohl auf Landes-, wie auch auf**

52

53 **Bundesebene, keine Investitionsbremse geben.** Auch wenn wir die Investitionsbremse im Bundesfinanz-  
54 ministerium namens Christian Lindner bis 2025 nicht los werden, **so fordern wir doch die Abschaffung der**  
55 **Schuldenbremse und notwendige Investitionen zu ermöglichen.**

# U-3

<b>Titel</b>	Verlängerung des 9-Euro-Tickets
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Unterbezirk Saarpfalz
<b>Zur Weiterleitung an</b>	Juso-Bundeskongress

---

## Verlängerung des 9-Euro-Tickets

- 1 Analyse:
- 2 Das 9-Euro-Ticket war auf die Monate Juni, Juli und August beschränkt. Ab September gelten also wieder die
- 3 alten Preise; konkret bedeutet dies zum Beispiel: Wenn eine erwachsene Person am 10.09.2022 mit der RB
- 4 70 von Saarbrücken Hbf nach Homburg(Saar)Hbf fahren möchte, muss sie 7,50 Euro für eine Einzelfahrkarte
- 5 lohnen (Stand: 18.8.22). Das ist zu viel!
- 6 Forderung:
- 7 Wir haben in den letzten Monaten gesehen, dass das 9-Euro-Ticket ein riesiger Erfolg ist. Es spielt auch keine
- 8 Rolle, ob die Menschen das Ticket für Urlaube, Freizeitfahrten, Fahrten zur Arbeit oder zur Schule nutzten oder
- 9 „nur“ aus Kostengründen nutzen. Im Ergebnis entlastet es den Geldbeutel von 21.000.000 Menschen (Quelle:
- 10 VDV).
- 11 Deswegen fordern wir, das 9-Euro-Ticket dauerhaft zu verlängern. Wir unterstellen hierbei keine Gratismen-
- 12 talität, sondern eine Nachhaltigkeitsmentalität.

# U-5

<b>Titel</b>	Konsequente Klimafolgenanpassung in der Bauleitplanung
<b>AntragstellerInnen</b>	Jusos Saarbrücken-Land
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Landesparteitag

---

## Konsequente Klimafolgenanpassung in der Bauleitplanung

- 1 Forderung:
- 2 Die Anpassung des Paragraphen 1 BauGB dahingehend, dass Klimaschutz und Klimafolgenanpassung durch
- 3 die Bauleitplanung nicht nur gefördert sondern vor allem in Wohngebieten vorrangig und im Rahmen aller
- 4 Instrumente der Bauleitplanung berücksichtigt werden.
- 5 Analyse:
- 6 In den Jahren 2018-2020 kam es durch Hitzewellen zu einer signifikanten Übersterblichkeit in den Sommer-
- 7 monaten.
- 8 Dies ist einerseits auf steigende Temperaturen und häufigere Hitzewellen aber auch auf mangelnde Anpassun-
- 9 gen um Siedlungsbereich zurückzuführen. Die Bauleitplanung bietet hierbei ein gutes Mittel geeignete Maß-
- 10 nahmen zu steuern und zu koordinieren. Aufgrund der zunehmenden Intensität der Klimakrise ist daher ein
- 11 Vorrang der Belange des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung ein geeignetes Mittel der Klimakrise
- 12 im Rahmen der Bauleitplanung zu begegnen.

# V Verband

## V Verband

---

V-1	Juso Kreisverband Saarlouis	Schaffung eines omnipräsenten Awareness-Konzepts	55
V-2	Initiativantrag:	Leistung belohnen- Juso Buko Delegierte nach Leistung aufschlüsseln	57

---

# V-1

**Titel** Schaffung eines omnipräsenten Awareness-Konzepts  
**AntragstellerInnen** Juso Kreisverband Saarlouis  
**Zur Weiterleitung an**

---

## Schaffung eines omnipräsenten Awareness-Konzepts

1 Von der Kultur der Politik profitieren in erster Linie privilegierte weiße cis-Männer, obwohl diese in der Praxis  
 2 lediglich einen kleinen Teil unseres Jugendverbandes einnehmen. Denn auch wir als Jusos grenzen in unserem  
 3 Verband Menschen aus – ohne es zu beabsichtigen.

4

5 Darum fordern wir die Einführung und Ausarbeitung eines entsprechenden Awarenesskonzeptes – möglichst  
 6 auch auf Landesebene. Es braucht direkte Ansprechpartner:innen, an welche sich Betroffene bei allen Formen  
 7 von Konflikten wenden können.

8

9 Wir befinden uns tagtäglich in Situationen, in denen wir uns unwohl, nicht gehört oder nicht richtig ernstge-  
 10 nommen fühlen. Oft wünschen wir uns dann eine Person, gegenüber derer man völlig wertfrei seine persönli-  
 11 chen Empfindungen und Erfahrungen vorbringen kann. Normalerweise besteht in Situationen, in denen man  
 12 sich unwohl fühlt, die Möglichkeit sich zurückzuziehen. Wenn du in einer Gruppe von Menschen bist, bei de-  
 13 nen eine (oder mehrere) Person(en) dir ein schlechtes Gefühl oder ein Empfinden der Unsicherheit vermitteln,  
 14 kannst du diese Problematik ansprechen oder dich künftig von dieser Gruppe fernhalten.

15

16 Anders verhält es sich jedoch in einer strukturierten Jugendorganisation. Wir alle haben in den vergangenen  
 17 Monaten die Situation in der Linkspartei mitverfolgt. Dabei kommt die Frage auf wie solche schrecklichen  
 18 Geschehnisse in einer Partei passieren können, die sich als antirassistisch und feministisch versteht. Welche  
 19 Strukturen führen dazu, dass diese Täterinnen den Raum und die Plattform für diese Taten erhalten. Und kann  
 20 man vom Vornehmerem wirklich zweifellos ausschließen, dass es solche fehlgeleiteten Machtstrukturen nicht  
 21 auch im uns herum gibt und es gerade kein ausschließliches Problem der Linkspartei ist.

22

23 Dieses Phänomen tritt nicht nur in Parteien, sondern generell in ähnlich strukturierten Gruppierungen auf. So  
 24 z.B. im Sport- oder Musikverein, bei den Pfadfinder:innen oder aber im normalen Schul- oder Arbeitsleben.  
 25 Hier trifft man früher oder später auf Personen, mit welchen man unter normalen Umständen überhaupt  
 26 nicht in Kontakt treten würde. Dies führt einerseits zu ungewöhnlichen oder unerwarteten Freundschaften,  
 27 eröffnet wiederum auch einen Raum für Konflikte. Denn kommst du nun mit bestimmten Personen nicht klar,  
 28 bist du dennoch darauf angewiesen mit diesen weiterhin Zeit zu verbringen und zusammenzuarbeiten. Meist  
 29 sitzt eine Person am längeren Hebel und hat in der Hand wie dein Verhalten ihr gegenüber sich prozentual  
 30 auf deine zukünftigen Erfolgchancen und Möglichkeiten in ebendieser Vereinigung auswirken können. Ein  
 31 Phänomen, welches in der Arbeitswelt weit vertreten ist, aber auch immer wieder in anderen Vereinigungen,  
 32 insbesondere solchen der Freiwilligenarbeit und des Ehrenamtes auftritt.

33

34 Eine Begebenheit, welche in der Vergangenheit zwangsläufig auch im Bereich der Jusos Saar aufgetreten sein  
 35 wird. Hier gilt es nun anzusetzen. Es liegt in unserer aller Verantwortung diese Jugendvereinigung weiterhin als

36 Ort zu erhalten, an den Personen gerne kommen und bei dem sie nicht befürchten müssen, aufgrund ih-  
37 res Verhaltens gegenüber anderen möglicherweise „höher gestellten“ Personen um ihre Zukunft in der Partei  
38 fürchten zu müssen oder aber niemals die Chance eröffnet bekommen aufzusteigen, da immer nur die Namen  
39 bestimmter, von diesem System der Politik und Seilschaften profitierender Personen in Räumen, in denen Ent-  
40 scheidungen zu treffen sind, genannt werden. So ist gerade auch unser Verband nicht frei von Diskriminierung  
41 und Ungerechtigkeiten.

42

43 Es liegt nun in unserer Pflicht Räume zu schaffen und zu fördern, in denen stets gewährleistet werden kann,  
44 dass sich alle Personen wohl und sicher fühlen und sich – ohne äußerliche Hürden – auf den eigentlichen Kern  
45 der Jugendarbeit konzentrieren können. Jede\*r soll seinen\*ihren Beitrag leisten können, ohne befürchten zu  
46 müssen für diesen diskriminiert, ausgegrenzt oder verurteilt zu werden. Dies kann nur durch stets rücksichts-  
47 volles Handeln und kritische Selbstreflektion geschehen.

48

49 Um diesen Prozess der Bewusstmachung zu fördern, braucht es die Erarbeitung eines Awarenesskonzepts, ins-  
50 besondere mit Einführung eines entsprechenden Awarenessteams, an welches sich jede\*r bei Bedarf wenden  
51 kann. Um auch in unserem saarländischen Verband das Bewusstsein für Ungleichheiten zu verschärfen und  
52 diskriminierungsfreie Räume zu schaffen, fordern wir den Landesverband auf, ein solches Awareness-Konzept  
53 zu erarbeiten. Dabei soll auf die Erfahrungen anderer Juso-Gliederungen, die bereits erfolgreich Awareness-  
54 Teams gegründet haben, zurück gegriffen werden.

55

56 Das Awarenesskonzept soll uns als Leitfaden dafür dienen, wie wir mit strukturellen Problemen umgehen und  
57 einen gerechteren Umgang miteinander fördern können. Das Awarenesssteam wiederum soll als zusätzliche  
58 Stütze bei der Umsetzung dieses Konzeptes dienen. Es braucht eine vertrauliche und niedrigschwellige An-  
59 laufstelle für alle, denen eine Form von Ungleichbehandlung oder Unwohlsein in unserem Verband begegnet.  
60 Betroffene sollen die Möglichkeit schneller und unkomplizierter Hilfe und Beratung, erhalten.

61

62 Um Diskriminierung von vorneherein vorzubeugen, sollte das Awarenesssteam ebenfalls Aufklärungs- und Sen-  
63 sibilisierungsarbeit leisten. Denn vielen ist gar nicht bewusst an welchem Punkt ihr Verhalten andere negativ  
64 beeinflusst oder diskriminierende Strukturen fördert. Als sozialistischer, feministischer und antifaschistischer  
65 Jugendverband gehört es zu unseren Hauptaufgaben gegen die Diskriminierung von Menschen vorzugehen.  
66 Und dies nicht nur außerhalb, sondern bereits innerhalb unserer Strukturen, denn Rassismus, Sexismus, Ho-  
67 mophobie, Ableismus und Antisemitismus sind auch im Jahre 2022 immer noch präsende Probleme – auch bei  
68 uns Jusos.



# W Wirtschaft

## W Wirtschaft

---

W-1	Juso Unterbezirk Saarpfalz	Unternehmen dürfen nicht vom Krieg profitieren. Übergewinn- steuer einführen.	59
-----	-------------------------------	--	----

---

# W-1

<b>Titel</b>	Unternehmen dürfen nicht vom Krieg profitieren. Übergewinnsteuer einführen.
<b>AntragstellerInnen</b>	Juso Unterbezirk Saarpfalz
<b>Zur Weiterleitung an</b>	Juso-Bundeskongress

---

## Unternehmen dürfen nicht vom Krieg profitieren. Übergewinnsteuer einführen.

- 1 Analyse:
- 2 Durch den russischen Angriffskrieg werden Öl und Gas sehr viel teurer. Während sich viele Menschen in
- 3 Deutschland und im Saarland die immer weiter steigenden Energiekosten kaum noch leisten können, pro-
- 4 fitieren Energie und Mineralölkonzerne enorm und können ihre Profite sogar weiter maximieren. Während
- 5 Bürger\*innen einfach mal „ein wenig kürzer duschen sollen“, machen sich Konzerne die eigenen Taschen
- 6 voll.
- 7 Forderung:
- 8 Die Übergewinnsteuer führt dazu, dass kriegsbedingte Gewinne abgeschöpft werden, um damit Menschen zu
- 9 unterstützen, die unter den hohen Preisen leiden. In Spanien, Großbritannien, Italien und in Belgien ist dies
- 10 längst in Planung. Eine Einführung würde also die internationale Solidarität stärken. Wir fordern daher die
- 11 Einführung einer Übergewinnsteuer!